

**Nationalsozialistische
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen als
Beschäftigungs- und Aufrüstungspolitik
Idee, Finanzierung und Wirkung**

Von:
Florian Groß, B.A.
Universität Siegen
Fachbereich 1

Inhaltsverzeichnis:

| | | |
|---------------|--|-------------|
| A) | Einleitung..... | S.2 |
| B) | Hauptteil..... | S.5 |
| 1. | Ein originäres NS-Programm oder: „Alles nur geklaut?“..... | S.5 |
| 1.1. | Antizyklische Wirtschaftsprogramme der Regierungen Brüning, Papen und Schleicher..... | S.6 |
| 1.2. | Wirtschaftspolitische Reformer und die Herkunft einer Idee..... | S.7 |
| 1.3. | Die Pläne lagen schon bereit..... | S.10 |
| 1.4. | Erste eigene Gehversuche: das Reinhardt-Programm..... | S.11 |
| 1.5. | Ab Ende 1934: militärische Grundausrichtung..... | S.12 |
| 2. | Umfang und Finanzierung der Arbeitsbeschaffung..... | S.13 |
| 2.1. | Umfang..... | S.13 |
| 2.2. | Finanzierung..... | S.15 |
| 2.2.1. | Zusätzliche Steuereinnahmen durch Wachstum..... | S.15 |
| 2.2.2. | Der Trick mit dem Wechsel..... | S.17 |
| 2.2.3. | Reichsanleihen und Verschuldung..... | S.20 |
| 3. | Wirkung der Maßnahmen..... | S.21 |
| 3.1. | Gesamtwirtschaftliche Effekte..... | S.21 |
| 3.2. | Psychologische Effekte..... | S.26 |
| C) | Schluss..... | S.30 |
| D) | Quellenverzeichnis | S.33 |
| E) | Literaturverzeichnis..... | S.34 |
| F) | Anhang..... | S.36 |

A) Einleitung

Die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1932/33 traf Deutschland unverhältnismäßig hart; härter als alle anderen Industrieländer dieser Welt. Diese Intensität hatte viele Ursachen: einerseits eine große Abhängigkeit von Fremdkapital und Investitionen, andererseits eine allzu einseitige Exportausrichtung der deutschen Industrie, die zum Dritten vor allem von der Notwendigkeit vorgegeben wurde, ausländische Devisen ins Land zu holen und die Kriegsschulden zu tilgen. Die Aufzählung dieser strukturellen Schwächen ließe sich noch deutlich länger fortsetzen, eigentlich ergibt allein diese Thematik Stoff für eine ganze Buchreihe.

In dem vorliegenden Aufsatz beschäftigen wir uns aber mit einer Zeit, in der der Zyklus des wirtschaftlichen Niedergangs durchbrochen wurde. Wir setzen uns mit Jahren auseinander, in denen die deutsche Bevölkerung wieder neuen Mut schöpfte, das Bruttosozialprodukt durchschnittlich um fast 10 % per annum anstieg und das Schreckgespenst der Massenarbeitslosigkeit nach und nach vertrieben wurde. Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands nach der „Machterschleichung“ der Nationalsozialisten verblüfft auch heute noch den Historiker. Nach dem 30. Januar 1933 erschien es den Menschen, als sei einfach ein Schalter umgelegt worden, als hätte Hitler den „Stein der Weisen“ gefunden, den Brüning und andere jahrelang vergebens suchten.

„Ab 1933 ging es doch in fast allen Industrieländern so langsam bergauf!“, mag man denken. Gleichwohl dies zutrifft, vollzog sich doch in keinem anderen Land der wirtschaftliche Aufstieg so zügig wie in Deutschland. Damit reicht die Betrachtung großer konjunktureller Zyklen für die Erklärung dieser Problematik nicht aus. Viel mehr muss darauf geachtet werden, welche wirtschaftspolitischen Entscheidungen die neue Führung traf und in welcher Form sich diese auf das System auswirkten.

Hatte insbesondere Brüning noch eine stark prozyklische Wirtschaftspolitik betrieben, die in schlechten Jahren Sparsamkeit und in guten Jahren Investition dem Staat ans Herz legten, so handelten die Nationalsozialisten ganz anders. Das Kernstück ihres Vorgehens war eine strikte staatliche Interventions- und Investitionspolitik. Dies geschah ab 1933 in Gestalt staatlich vorangetriebener Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Diese Programme werden die Diskussions- und Betrachtungsgrundlage der vorliegenden Arbeit sein.

Fragestellung:

Drei grundlegende Fragen werden gestellt und in den nachfolgenden Kapiteln diskutiert. Erstens: War Arbeitbeschaffung eine originär nationalsozialistische Erfindung? Zweitens: Wie finanzierte eine Volkswirtschaft, die in den Jahren zuvor ungeheure wirtschaftliche Probleme zu bewältigen und horrenden Schulden angehäuft hatte, derart große und geldintensive Kampagnen? Drittens: Was bewirkten die Maßnahmen? Wo wirkten sie? Hätte es ohne sie eine wirtschaftliche Erholung gegeben? Diese Fragen werden in drei aufeinander folgenden Kapiteln angesprochen und im Schlussteil beantwortet.

Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik entstand nicht „im luftleeren Raum.“ Wie alle politischen und wirtschaftspolitischen Ideen nahm die Theorie einer NS-Wirtschaft Anleihen bei anderen Ansätzen und versuchte, aus den Fehlern anderer Perspektiven zu lernen. Gleichzeitig stand die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten von Anfang an stets im Schatten eines Fernziels, das Hitler mit der Bezeichnung „Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes“ zu umschreiben suchte. Diese Konstruktion meinte nichts anderes als eine einseitige Ausrichtung auf militärische Rüstung und damit verbunden: die Ermöglichung eines erneuten Krieges. Dieser Punkt muss bei der folgenden Betrachtung stets im Fokus bleiben.

Quellen:

Die Quellenlage zum Nationalsozialismus insgesamt ist schier erschlagend, die Quellendichte zur Arbeitsbeschaffung ist ebenfalls durchaus ausreichend. Insbesondere Werke aus der 1935 eingestellten Nationalsozialistischen Bibliothek wurden in die Bearbeitung einbezogen. Wie keine anderen Werke – Hitlers „Mein Kampf“ einmal ausgenommen – formten und institutionalisierten sie die grundlegenden Ausrichtungen der NS-Ideologie, insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik.

Weit über 50 Bände, meist umfassten diese weniger als hundert Seiten, sind in dieser Reihe erschienen, in der durchaus namhafte Autoren ihre Ideen vorstellten. Hiervon waren folgende für die Arbeit von großer Bedeutung: Buchners „Grundriss einer nationalsozialistischen Wirtschaftstheorie“ zeigte die Veränderungsansätze in sehr deutlichen Worten. Dass der Nationalsozialismus sich für eine „Wiederbelebung“ eines Ständestaates interessierte macht Frauendorfer deutlich.

Zum Thema der staatlichen Interventionspolitik und der Arbeitsbeschaffung haben sich Draeger, Feder und Hochstetter geäußert. Draegers Werk setzte sich vor

allem damit auseinander, woher man das Geld für eine Arbeitsbeschaffung herkriegt, was insbesondere bei der späteren Finanzierung eine Rolle spielen sollte. Es ist schon interessant, dass die Zeitgenossen in den eben vorgestellten Werken praktisch kurz vor der nationalsozialistischen Machtübernahme erfahren konnten, was die NSDAP plante. Einige, der dort verkündete Programme wurden später genauso durchgeführt, andere hingegen völlig verworfen.¹

Gleichzeitig kommen mit der Verwendung von Schriften des Instituts für Sozialforschung Exil-Deutsche zu Wort, wie z.B. Max Horkheimer, die die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik aus der Zeit heraus zu deuten versuchten. Durch die Herangehensweise von diesen vollkommen gegensätzlichen Polen aus soll versucht werden, ein möglichst differenziertes Bild zu zeichnen.²

Literatur:

Ähnlich erschöpfend wie die Quellenlage stellt sich die Forschungsdichte zur Arbeitsbeschaffung dar. In der vorliegenden Arbeit wurde daher versucht, sich auf die wesentlichen Werke zu beschränken und nur an manchen Stellen auf eher speziell ausgerichtete Literatur zurückgegriffen. Die hierbei Nützlichsten seien vorab genannt: Als Standard zur nationalsozialistischen Wirtschaft gilt wohl immer noch Avraham Barkai's „Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Facettenreich zeigt Barkai verschiedene Ausrichtungen und Tendenzen, berichtet über die wirtschaftlichen Vorausplanungen vor der Machtübernahme und spricht über deren Umsetzung nach 1933.³ Einen kurzen und anschaulichen Überblick lieferte Ambrosius in North's „Deutsche Wirtschaftsgeschichte.“⁴ Die Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft beleuchtete Lothar Gall sehr detailliert, während Bleich auf den ausgeprägten Zusammenhang zwischen Arbeitsbeschaffung und

¹ Vgl.: Buchner, Hans: Grundriss einer nationalsozialistischen Volkswirtschaftstheorie, München 1930; Draeger, Heinrich: Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung. Ein Beitrag zur Frage der Wirtschaftsbelebung durch das sogenannte Federgeld, München 1932; Feder, Gottfried: Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage. Neue Wege in Staat, Finanz und Wirtschaft, München 1933; Frauendorfer, Max: Der ständische Gedanken im Nationalsozialismus, München 1933; Hochstetter, Franz: Leihkapital und Goldwährung als Grundlagen der Geldversklavung in Deutschland, München 1931. Letzteres wurde in seiner Ausrichtung weniger beachtet. Hingegen spielte insbesondere Draeger späterhin eine wichtige Rolle.

² Vgl.: Horkheimer, Max (u.a.): Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Institutes für Sozialforschung 1939-1942, Frankfurt am Main 1981.

³ Vgl.: Barkai, Avraham: Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt am Main 1988.

⁴ Vgl.: Ambrosius, Gerold: Von Kriegswirtschaft zu Kriegswirtschaft (1914-1945), in: North, Michael (Hrsg.): Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, München 2000, S.282-351.

Rüstung hinwies.⁵ Mit Gollas „Nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung in Theorie und Praxis“ lag dem Verfasser eine äußerst facettenreiche Darstellung vor, die die Maßnahmen unter vielen verschiedenen Perspektiven zu untersuchen trachtete.⁶

Diese Aufzählung ließe sich noch deutlich erweitern. Zu sehen ist aber, dass die Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik noch immer von großem Interesse ist, wobei erwähnt werden sollte, dass an dieser Stelle bei weitem nicht nur Wirtschaftshistoriker tätig sind, sondern ebenfalls so mancher Volkswirtschaftler. Auch für Wirtschaftswissenschaftler ist die damalige, im Sinne der Verringerung von Arbeitslosigkeit erfolgreiche Politik immer noch ein Thema. Gleichzeitig werden von einigen Autoren „falsche Schablonen“ angelegt, wenn man von einem nationalsozialistischen Wirtschaftssystem im Sinne des Keynesianismus spricht. Spätestens ab Erreichung der Vollbeschäftigung und des deutlichen Erstarkens 1935/36 hätte ein Keynesianer die staatlichen Ausgaben zurückgesetzt und das Erworbene für künftige schwierige Zeiten gespart; die Nationalsozialisten taten genau das Gegenteil, für ihre Schulden sollten die zu unterwerfenden Völker aufkommen. Was aus solchen Beispielen als Lehre bleibt, ist das man bei der Verwendung von Begriffen sehr vorsichtig sein muss.

B) Hauptteil

1. Ein originäres NS-Programm oder: „Alles nur geklaut?“

Wenn eine NS-Wirtschaftstheorie nicht „im luftleeren Raum“ und völlig unbeeinflusst von anderen Gedanken entstand, sondern sich vielmehr von diesen ableitete und beeinflussen ließ, dann muss bei der Betrachtung der von Hitler durchgeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gefragt werden, inwieweit sich im vorliegenden Programm eine NS-Ideologie bzw. NS-Ausrichtung ausdrückte. Es stellt sich die Frage: Waren die Maßnahmen eine Erfindung der Nazis oder eben nicht? Im nachfolgenden ersten Kapitel soll diese Frage erörtert werden.

⁵ Vgl.: Gall, Lothar / Pohl, Manfred: Unternehmen im Nationalsozialismus, München 1998; Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im „Dritten Reich“, Düsseldorf 1987.

⁶ Vgl.: Golla, Guido: Nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung in Theorie und Praxis 1933 bis 1936, Köln 1994.

1.1. Antizyklische Wirtschaftsprogramme der Regierungen Brüning, Papen und Schleicher

In der Geschichtswissenschaft bestand eine zeitlang Konsens, dass bis zu Hitlers Machtergreifung eine prozyklische Wirtschaftspolitik und danach unter den Nationalsozialisten eine antizyklische durchgeführt wurde. Diese Deutung legt gleichzeitig die Überzeugung nahe, dass die nationalsozialistische Machtübernahme den Umschwung im Denken bewirkt habe.⁷

Wenig bekannt ist, dass in kleinen Teilen schon Brüning vor allem aber die Reichskanzler Schleicher und Papen erste antizyklische Versuche machte. Unter Brüning wurde schon 1930 ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aus der Taufe gehoben, das die Vergabe öffentlicher Aufträge im Umfang von einer Milliarde Reichsmark (RM) vorsah. Allein konnte es nicht umgesetzt werden, weil der internationale Kapitalmarkt die Finanzierung von vornherein unmöglich machte. In eine Phase des Protektionismus und hoher Zinsen konnte selbiges nicht durchgeführt werden. Gleichzeitig war um 1930 bereits erkannt worden, dass der Staat agieren musste und nicht nur weiter zusehen konnte. Auch die Gründung einer „Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Oeffa)“ blieb erfolglos, weil für die Arbeitsbeschaffung kein Kapital zu bekommen war.⁸

1932 schlug Papen mit der Notverordnung „Zur Belebung der deutschen Wirtschaft“ in die gleiche Kerbe. Er wollte auf der „Angebotseite“ ansetzen und die Neueinstellungszahlen bei deutschen Unternehmen, also der Privatwirtschaft, erhöhen. Damit erhielt ein Unternehmen, das einen Arbeiter oder Angestellten neu einstellte, für diesen einen Steuergutschein, den es bei der nächsten Steuerzahlung einlösen konnte. Obwohl die Arbeitgeberverbände diesen Plan unterstützten, nahmen nur sehr wenige Unternehmen das Angebot wahr. In einer Zeit des wirtschaftlichen Abstiegs waren viele froh, ihre Beschäftigten überhaupt halten zu können; an Neueinstellungen dachten nur die wenigsten. Damit war eine wirtschaftliche Interventionspolitik, die die Angebotsseite zu stärken versuchte, völlig gescheitert.⁹

Der Nachfolger Papens, Kurt von Schleicher, zeigte, dass er aus den Fehlern seines Vorgängers gelernt hatte und konzipierte ein „Sofortprogramm“, das sich an

⁷ Vgl. v.a.: Kroll, G.: Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958.

⁸ Vgl.: Barkai: Wirtschaftssystem, S.152f.

⁹ Vgl.: Ebd.: S.153 und Golla: Arbeitsbeschaffung, S.48-55. Gleichzeitig muss gesagt werden, dass die Unternehmer dieses Programm überaus befürworteten, gleichwohl sie sich nicht an die Umsetzung und Nutzung desselben machten.

der Nachfrageseite ausrichtete. Hauptverantwortlicher für diesen Plan war Dr. Günther Gereke, der als Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung (auch dieser Posten war eine Neuerung Schleichers) öffentliche Großarbeiten im Umfang von 500 Millionen RM ausschrieb. Das Finanzierungsproblem konnte Ende 1932 mit dem Schachzug des „Oeffa-Wechsels“ klug umgangen werden und wird in Kapitel 2 noch einmal zur Sprache kommen.¹⁰

Woher kam dieser völlig neue Plan, der eine staatliche Intervention vorschrieb? Wer waren die Vordenker dieser Idee? Die genaue Entstehungsgeschichte des „Gereke-Plans“ lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Barkai meinte, dass der neue Charakter der Defizit-Finanzierung, vor allem auf der rechten Parteiseite gebildet hätte und meint hiermit die DNVP. Gereke selbst war Mitglied der DNVP und entwarf seinen Plan unter Mithilfe anderer rechtsgerichteter Wirtschaftswissenschaftler. Grundlegende Voraussetzung hierfür war jedoch eine Abkehr vom Wirtschaftsliberalismus, mehr dazu in Kapitel 1.2.¹¹

Die Unternehmer waren von diesem Plan nicht überzeugt, hielten ihn aufgrund der Defizit-Finanzierung für gefährlich und inflationistisch. Er wurde aufs Schärfste abgelehnt. Der NSDAP ging er nicht weit genug, wurde gleichfalls aber als erster Einstieg begrüßt. Um diese zustimmen zu können, obwohl an dem Zustandekommen kein Nationalsozialist mitgewirkt hatte, wurde versucht zu behaupten, dass die DNVP ja eigentlich alles Brauchbare von der NSDAP übernommen habe.¹²

1.2 Wirtschaftspolitische Reformer und die Herkunft einer neuen Idee

Vorraussetzung für eine Abkehr vom Laissez-Faire in der Wirtschaftspolitik war jedoch ein Umdenken in der Wirtschaftswissenschaft selbst. Eine Umüberlegung, dass man die bestehenden Konstellationen nicht so weiter laufen lassen könnte. Es musste zu jenen Vorstellungen kommen, die John M. Keynes 1936 in seiner „General Theory“ allgemeingültig zusammenfasste.¹³

Auch in Deutschland gab es eine kleine und viele Jahre lang nicht allzu einflussreiche Fraktion von Reformern. Der bedeutendste Theoretiker war laut Barkai Wilhelm Lautenbach, oft als „der deutsche Keynes“ bezeichnet.¹⁴ Golla spricht in

¹⁰ Vgl.: Golla: Arbeitsbeschaffung, S.56-61.

¹¹ Vgl.: Barkai: Wirtschaftssystem, 153ff.

¹² Vgl.: Ebd.: S.154f.

¹³ Vgl.: Keynes, John Maynard: The General Theory of Employment, Interest and Money, Cambridge 1973.

¹⁴ Vgl.: Barkai: Wirtschaftssystem, S.62f.

diesem Zusammenhang auch von den „Keynesianer vor Keynes“.¹⁵ Lautenbach sprach schon 1931 die später von Keynes festgehaltenen Multiplikatoreffekte an und machte erste Vorschläge zur Krisenbeschäftigung durch die Vergabe öffentlicher Arbeiten. Damit befürwortete der Wirtschaftswissenschaftler genau die Herangehensweise, der sich Brüning jahrelang versperre und die später vor allem die Nationalsozialisten umzusetzen wussten.

Andere Vorschläge zu einer Staatsintervention kamen u.a. von Ernst Wagemann, der in seiner Funktion als Leiter des Statistischen Reichsamtes den damals sehr unpopulären Vorschlag machte, in gewissen Teilen vom Goldstandard abzurücken. Die Stärke der liberalen und anti-interventionistischen Fraktion der deutschen Wirtschaftswissenschaftler wurde hierbei dadurch deutlich gemacht, dass deren Sprachorgan, der „Deutsche Volkswirt“ einen wahren Kreuzzug gegen den Abweichler Wagemann ausrief.¹⁶

Gleichzeitig begann jedoch die Fassade, dass in der Wirtschaftswissenschaft ein Konsens über das Vorgehen gegen die wirtschaftlichen Probleme herrschte, immer weiter zu bröckeln. Andere Ideen zur Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Deflation begannen sich Bahn zu brechen und die alten Ängste vor einer Inflationierung von Wirtschaft und Gesellschaft hinter sich zu lassen.

Die Theorie der Defizit-Finanzierung stammte aus dem Kreis der „Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft“. Insbesondere Menschen wie Heinrich Draeger haben daran mitgewirkt. Der Lübecker Unternehmer machte sich schon sehr früh Gedanken darüber, wie man die Wirtschaft wieder in Schwung und die Arbeitslosen wieder in Lohn und Brot bringen konnte. Als Vordenker und Hauptfinanziers der Gesellschaft versuchte er derlei Gedanken mit anderen Fachkollegen gemeinsam zu konkretisieren und in die Politik einzubringen. Bis zum Jahre 1932 war er mit seinen Bemühungen, Unterstützung durch politische Parteien zu erhalten, größtenteils erfolglos geblieben. Ab 1932 wurde seine Rolle dann bedeutender. Als Parteiloser schaffte er es die Parteien im rechten Spektrum für seine Ideen zu begeistern. Er war bei der Unterstützung des Gereke-Plans sozusagen an vorderster Front dabei und erklärte in seiner Schrift „Arbeitsbeschaffung durch

¹⁵ Vgl.: Golla: Arbeitsbeschaffung, S.32; Barkai hält diese Bezeichnung für wenig zutreffend. Wissenschaftler wie Lautenbach bezogen sich explizit in ihren Theorien auf die Ideen Keynes, die damals noch nicht in einer allgemeingültigen „General Theory“ niedergeschrieben aber dennoch bekannt waren. Vielmehr traten diese Gedanken etwa zeitgleich auf, da man allerorts merkte, dass der Wirtschaftsliberalismus und seine Ansätze gegenüber der Wirtschaftskrise ineffektiv waren. Vgl.: Barkai: Wirtschaftssystem, S.63.

¹⁶ Vgl.: Barkai: Wirtschaftssystem, S.61.

produktive Kreditschöpfung“, die 1932 in der Nationalsozialistischen Bibliothek erschien, wie er sich die zukünftige Wirtschaft vorstellte.¹⁷

Draeger fungierte auf diese Weise als die vermittelnde Instanz zwischen den Reformern und der NSDAP. Spätestens ab Frühjahr 1932 ist zu sehen, dass sich sowohl die Nationalsozialisten als auch andere Parteien des rechten Spektrums einer Idee bedienen, die eigentlich nicht von ihnen sondern von der Wirtschaft selbst, nämlich aus Unternehmerkreisen stammt. Die Theorie der Defizit-Finanzierung wurde von den Nazis begeistert aufgegriffen und in die Ideologie integriert. Dies ging umso leichter, weil sich bedeutende Schnittmengen boten. Für Hitler war es von Anfang an klar, dass es bei der Arbeitsbeschaffung nur darum gehen konnte, gleichzeitig die Aufrüstung voranzubringen.¹⁸

Bereits im August 1932 meinte er: *„Ich kann beiläufig mit der Wiederaufrüstung ebensoviel erreichen wie mit Häuserbau oder Siedlung. Ich kann auch den Arbeitslosen mehr Geld in die Hand drücken, daß sie ihren zusätzlichen Bedarf eindecken. Damit schaffe ich Kaufkraft und zusätzliche Umsätze.“*¹⁹

Hitler sah also die Möglichkeit, eine Verschmelzung von Arbeitsbeschaffung und Wiederaufrüstung durchzuführen. Außerdem trug man auf dieser Weise den Buchstaben „S“ und „A“ im Worte „NSDAP“ Rechnung. In Zeiten von über 30 % Arbeitslosigkeit fielen derlei Aussagen natürlich auf fruchtbaren Boden. Wenige machten sich Gedanken über die Erreichung zusätzlicher Rechte gegenüber den Arbeitgebern. Stattdessen waren die meisten Arbeitenden froh, wenn sie ihr Auskommen behalten durften und wohl alle Arbeitslosen glücklich über jedwede Möglichkeit, einer Beschäftigung nachzugehen. Insgesamt muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass dies später mit einer völligen Entrechtung der Gewerkschaften und demgegenüber einer Einrichtung von staatlich kontrollierten Institutionen einherging.²⁰

Die NSDAP hatte die Zeichen der Zeit besser erkannt als andere Parteien. In den Wahlkampf 1932 war sie mit der Losung „Brot und Arbeit“ gezogen, diese Parolen wurden durch ein „Sofortprogramm“ aus der Feder Strassers wirkungsvoll unterstützt, das sich vor allem dadurch auszeichnete, dass man die Überlegungen der

¹⁷ Vgl.: Draeger: Arbeitsbeschaffung; Barkai: Wirtschaftssystem, S.53-57.

¹⁸ Vgl.: Ebd.: S.56f.

¹⁹ Adolf Hitler zitiert nach: Rauschnig, H.: Gespräche mit Hitler, New York 1940, S.27.

²⁰ Vgl.: Neumann, Franz L.: Die Wirtschaftsstruktur des Nationalsozialismus, in: Horkheimer: Wirtschaft, S.197ff. Es scheint, dass die Menschen damals froh darüber waren, überhaupt arbeiten zu können. Folglich wurden die Einschränkungen (Arbeitsbuch, usw.) als notwendiges Übel hingenommen.

Reformer in den nationalsozialistischen Kontext kopiert und integriert hatte.²¹ *„Die Arbeitsbeschaffung ist (...) mehr als nur eine wirtschaftliche Maßnahme oder eine Belebung der Wirtschaft oder eine bessere Versorgung der Arbeitswilligen: Sie ist selbst schon sozialistische Revolution gegen die Herrschaft des Kapitals.“* Die Nazis waren der festen Überzeugung und verstanden es sehr gut, einer von Erwerbslosigkeit gebeutelten Bevölkerung zu vermitteln, dass der Sozialismus erreicht sei, wenn jeder Arbeit habe.²²

1.3. Die Pläne lagen schon bereit

Soviel zur ideellen Herkunft der Arbeitsbeschaffungsprogramme und des staatlichen Interventionismus. Es darf in dieser Stelle nicht vergessen werden, dass mit bloßer Theorie keine Politik gemacht werden kann, sprich: es muss praktische Arbeitspläne gegeben haben, nach denen methodisch vorgegangen werden konnte. Ist nicht das kurzfristige Aufstellen dieser Pläne die eigentliche wirtschaftspolitische Leistung des Hitler-Regimes?

Vielleicht wäre sie es, wenn die Nazis tatsächlich dafür verantwortlich gewesen wären. Es darf an dieser Stelle nicht vergessen werden, dass sich schon in der Weimarer Republik viele Staatsorgane Gedanken darüber machten, was man mit dem Geld – das man damals nicht hatte – alles anstellen könnte. In den vorangegangenen Regierungszeiten war an „allen Ecken“ gespart worden. Dringende Investitionen standen also genug an. Die Arbeitspläne lagen sozusagen fertig in den Schubladen bereit. Als die Nationalsozialisten Anfang 1933 die Macht übernahmen, konnten sie darauf zurückgreifen und die Lorbeeren nicht nur für die Durchführung dieser aufgeschobenen Maßnahmen, sondern ebenfalls für die geschaffenen Arbeitsplätze ernten.²³

Um dafür Geld zu haben, wurde das erfolglose Ausgeben von Steuergutscheinen (Papens Intervention an der Angebotsseite) eingestellt und die eingesparten Gelder insbesondere für die Arbeitsbeschaffung durch kommunale, öffentliche Investitionen bereitgestellt. Die Planung für Schleichers Gereke-Programm wurde indes pünktlich zur Machtergreifung fertiggestellt und dann unverzüglich umgesetzt, weil es sich perfekt in die parteipolitische Ideologie

²¹ Vgl.: Blaich: Wirtschaft, S.68-76.

²² Bernhard Köhler zitiert nach: Barkai: Wirtschaftssystem, S.159. Vgl. auch: Prollius, Michael von: Das Wirtschaftssystem der Nationalsozialisten 1933-1939. Steuerung durch emergente Organisation und Politische Prozesse, Paderborn 2003, S.199ff.

²³ Vgl.: Barkai: Wirtschaftssystem, S.155.

integrierte. Dieser Plan forcierte vor allem zivile öffentliche Großarbeiten, von denen ebenfalls viele auf Halde lagen.²⁴

Eine weitere Tat, die sich die Nationalsozialisten auf die Fahnen schrieben, war die Schaffung von Autobahnen. Propagandistisch als „geniale Idee des Führers“ ausgeschlachtet, wurde der Gedanke doch schon in der Weimarer Republik eindringlich diskutiert. Hitler tat indes nicht viel mehr, als die vorhandenen Pläne aufzugreifen und für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Insbesondere die „HAFRABA-Gesellschaft“ stand im engen Kontakt zu den Reformern der Studiengesellschaft und erreichte über diesen Weg das Interesse der Nazis. Die neue Führungsriege erkannte auf der anderen Seite schnell die Tragweite und beschäftigungspolitischen Effekte dieser Maßnahme. Gleichzeitig sollte deren Wirkung bei der Lösung der Beschäftigungskrise nicht zu hoch eingeschätzt werden. Entgegen der landläufigen Sicht spielte diese vor allem zu Beginn der Regierungszeit nur eine untergeordnete Rolle, die sich freilich späterhin deutlicher ausprägen sollte.²⁵ Erst ab Juli 1934 begann das neugegründete Unternehmen „Reichsautobahnen“ überhaupt, Arbeitskräfte nachzufragen.²⁶

1.4. Erste eigene Gehversuche: das Reinhardt-Programm

Das erste Arbeitsbeschaffungsprogramm, das sie selbst initiierten, war das so genannte „Reinhardt-Programm“, das wiederum zwei Bestandteile hatte. In Phase eins wurde eine Milliarde Reichsmark für die Verwirklichung öffentlicher Großarbeiten (v.a. Wohnbau) bereitgestellt. Finanziert wurde die Maßnahme durch die Vergabe von „Arbeitsschatzanweisungen“, die bei der Reichsbank diskontiert werden konnten. Phase zwei sah die Förderung von Renovierungsarbeiten mit 500 Millionen Reichsmark vor. Nun konnten Hausbesitzer, die ihre Wohnungen instand setzen wollten, Zuschüsse aus der Reichskasse erhalten. Blaich ist der Ansicht, dass mit dieser Förderung der Hausbesitzer insbesondere der nationalsozialistischen Wählerschaft ein Dank abgestattet werden sollte. Tatsächlich vermischen die Programme zur Förderung des Wohnbaus und von Renovierungsarbeiten den Kontakt zur Aufrüstung. Normalerweise verliefen Aufrüstung und Arbeitsbeschaffung stets Hand in Hand, was hier eindeutig nicht der Fall ist.²⁷

²⁴ Vgl.: Barkai: Wirtschaftssystem, S.155.

²⁵ Vgl.: Ebd.: S.155, 157f.

²⁶ Vgl.: Blaich: Wirtschaft, S.17.

²⁷ Vgl.: Barkai: Wirtschaftssystem, S.155; Blaich: Wirtschaft, S.17.

1.5. Ab Ende 1934: militärische Grundausrichtung

Spätestens ab Ende 1934 trat hierin nun eine Änderung auf. Die unter von Schleicher angedachten Pläne waren verwirklicht, dass Wählerklientel schien für seine Treue belohnt. Das Schwergewicht der Arbeitsbeschaffung verschob sich nun endgültig auf die Aufrüstung. Die Frage, warum das Regime nicht zu Beginn des Jahres 1933 direkt eine Arbeitsbeschaffung in Verbindung mit Aufrüstung anstrebte ist leicht zu beantworten: Erstens lagen aus der Weimarer Zeit keine Pläne vor, die dafür benutzt werden können. D.h. entsprechende Gedanken mussten also erst einmal durchdacht werden. Zweitens, und dies ist der wichtigste Punkt, konnte die Aufrüstung nicht schneller betrieben werden. Die deutsche Industrie musste sich erst einmal umstellen; Pflugscharen lassen sich nicht über Nacht zu Schwertern umformen.

Hitler selbst hatte dies bei einer Ministerbesprechung am 8. Februar 1933 deutlich zum Ausdruck gebracht: *„Mit der Geringfügigkeit der vom Reichswehrministerium jetzt angeforderten Mittel (...) könne er sich nur abfinden aus der Erwägung heraus, daß das Tempo der Aufrüstung im kommenden Jahr nicht stärker beschleunigt werden könne.“* Demnach war die Verlegung auf zivile Großarbeiten und Arbeitsbeschaffung die wirkungsvollste Maßnahme, um einerseits die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und damit den eigenen sozialen Anspruch zu erfüllen und andererseits der Industrie Zeit zu geben, die Anforderungen zu bewältigen.²⁸

Ende 1934 war dieser Wendepunkt dann erreicht. Während die öffentlichen Investitionen von 1934 bis 1936 fast stagnierten, wuchsen die Rüstungsausgaben pro Jahr von 4 Milliarden Reichsmark im Jahre 1934 auf 10,3 Milliarden Reichsmark im Jahre 1936 an. Das war eine Steigerung um 250 % im Laufe von drei Jahren.²⁹ Damit wurde das umgesetzt, was Hitler schon 1933 eindringlich gefordert hatte: *„Jede öffentlich geförderte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme müsse unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, ob sie notwendig sei vom Gesichtspunkt der Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes. Dieser Gedanke müsse immer und überall im Vordergrund stehen.“*³⁰

²⁸ Adolf Hitler zitiert nach: Barkai: Wirtschaftssystem, S.152.

²⁹ Siehe im Anhang: Tabelle 1.

³⁰ Adolf Hitler zitiert nach: Blauch: Wirtschaft, S.55.

2. Umsetzung und Finanzierung der Arbeitsbeschaffung

2.1. Umsetzung

Wie Ambrosius richtig schrieb, war „kaum etwas so geeignet, die neue Regierung zu stabilisieren und das nationalsozialistische Regime gegenüber der Bevölkerung zu legitimieren, wie eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik.“³¹ Dies wusste das Regime sehr gut nach außen hin darzustellen und dem einzelnen Bürger zu vermitteln, dass die Nationalsozialisten für die verbesserte Situation verantwortlich seien. Aufgrund dieser Erfolge durfte die Regierung Hitler bald einen großen Teil der Bevölkerung hinter sich wissen. Die Menschen konnten wieder Hoffnung schöpfen: Die Arbeitslosen wurden bis Ende 1936 fast alle in Lohn und Brot gebracht, und all jene, die die Furcht vor einer möglichen Erwerbslosigkeit schreckte, brauchten sich in Zukunft weniger Sorgen zu machen.³²

All dies schien den Menschen ein Verdienst der neuen Regierung zu sein, wenige waren tatsächlich über die konjunkturellen und wirtschaftspolitischen Hintergründe informiert. Stattdessen sah man indes, dass die Nazis auf die Probleme reagierten. Sie verwirklichten das Programm Schleichers und stellten ein halbes Jahr später ein eigenes auf, das vor allem dem Mittelstand zu gute kam. Sie bauten Straßen, Wasserstraßen, öffentliche Gebäuden und Brücken. Die Nationalsozialisten löste das Problem der Jugendarbeitslosigkeit mit der Einführung des Reichsarbeitsdienstes und der Wiedereinführung der Wehrpflicht im Jahre 1935. Die Bevölkerung erlebte also, dass sich die Regierung um ihre Probleme kümmerte und versuchte, Lösungen zu finden.³³ Allein müsste einigen jedoch klar gewesen sein, dass wie Ambrosius schreibt „Arbeitsbeschaffung und Aufrüstung nur zwei Seiten der gleichen Medaille“ waren.³⁴

Den Unternehmer sprach das Regime mit der Auflösung des politischen Pluralismus und der Schaffung einer Staatskonjunktur an.³⁵ In diesem Zuge wurden vor allem kriegswichtigen Betrieben Steuervorteile eingeräumt. Es gab bedeutende Schnittmengen zwischen den Interessen der Unternehmer und denen der neuen Machthaber. Den Nazis war an einer starken deutschen Industrie sehr viel gelegen. Sie wollten ganz bewusst die Profitabilität und die Liquidität der Unternehmen

³¹ Vgl.: Ambrosius, Kriegswirtschaft, S.330.

³² Vgl.: Blaich: Wirtschaft, S.16ff.

³³ Vgl.: Turner, Henry A.: Unternehmen unter dem Hakenkreuz, in: Gall / Pohl: Unternehmen, S.15-24.

³⁴ Vgl.: Ambrosius: Kriegswirtschaft, S.331.

³⁵ Vgl.: Turner: Unternehmen, S.17.

erhöhen, weil nur wirtschaftlich starke Unternehmen in ihrem Sinne investieren und produzieren konnten. Letztlich versuchte das Hitler-Regime gar eine Verschmelzung von Kapital und Arbeit mit dem Hinweis auf die Volksgemeinschaft, in der persönliche Wünsche zum Wohle einer größeren Sache hintangestellt werden sollten.³⁶

Und dafür nahm der deutsche Arbeitnehmer bereitwillig eine vollkommene Veränderung der Verteilung des Volkseinkommens hin. So sank der Anteil von Lohn und Gehalt von 61,0 % im Jahre 1933 auf 54,9 % in 1938. Auf der anderen Seite fuhren die Unternehmen rasante Gewinne ein, sie erhöhten ihren Anteil im gleichen Zeitraum von 32,0 % auf 34,1 %. Am besten schnitten allerdings die großen Kapitalgesellschaften ab, sie wuchsen von 0,4 % auf 5,0 %. An dieser Stelle lassen sich recht gut die Auswirkungen der nationalsozialistischen Kartellierungs- und Konzentrierungspolitik zeigen, die Großunternehmen sehr oft dem Klein- und Mittelständler vorzog. Interessanterweise waren eben diese vormals nicht selten das Stammwählerklientel der Nationalsozialisten gewesen.³⁷

Dennoch konnte Hitler spätestens ab 1934 auf die Sympathie und Zustimmung eines großen Teils der Bevölkerung setzen. Durch die schnelle Konsolidierung seiner Herrschaft und das Hinwegräumen von etwaigen Konkurrenten, hatte „der Führer“ die Möglichkeit, die von anderen angedachten Programme und Theorien durchzuführen. Eine weitere Voraussetzung war gleichfalls die Zustimmung der Wirtschaftsverbände, die – im Vergleich zu Weimarer Verhältnissen – in seltener Einstimmigkeit genau das befürworteten, was sie Schleicher und Papen stets abgeraten hatten. Alle Befürchtungen über Bord werfend, erkannten sie die unternehmerischen Möglichkeiten durch die geplante Staatskonjunktur und bekannnten sich in sehr kurzer Zeit zu den neuen Ideen.³⁸

Arbeitsbeschaffung war ein sehr wichtiger Baustein, um das Wohlwollen und die Zustimmung der Menschen zu erfahren. Allerdings muss auch die Frage gestellt werden, wie es denn möglich war, dass nach vier bis fünf Jahren Wirtschaftskrise Deutschland aus dem Nichts ein jährliches Wachstum von etwa 10 % generieren

³⁶ Vgl.: Kannapin, Hans-Eckardt: Wirtschaft unter Zwang. Anmerkungen und Analysen zur rechtlichen und politischen Verantwortung der deutschen Wirtschaft unter der Herrschaft des Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg, besonders im Hinblick auf den Einsatz und die Behandlung von ausländischen Arbeitskräften und Konzentrationslagerhäftlingen in deutschen Industrie- und Rüstungsbetrieben, Köln 1966, S.1ff und 19.

³⁷ Vgl.: Barkai: Wirtschaftssystem, S.155ff., Siehe im Anhang: Tabelle 2 und 3. Vgl. auch: Golla: Arbeitsbeschaffung, S.196 (Tabelle).

³⁸ Vgl.: Scherner, Jonas: Die Logik der Industriepolitik im Dritten Reich. Die Investitionen in die Autarkie- und Rüstungsindustrie und ihre staatliche Förderung, Stuttgart 2008, S.25ff; Ambrosius: Kriegswirtschaft, S.334f und 341ff.

konnte. Umso dramatischer muss die Entwicklung gewesen sein bedenkt man, dass das Deutsche Reich von allen europäischen Staaten am stärksten von der Krise betroffen wurde, dass sich soziale Verwerfungen und Spannungen, Arbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit deutlich ausgeprägter darstellten, als etwa in Großbritannien. Wie schafften es die Nationalsozialisten, nicht nur aus dem Tal herauszukommen, sondern mit ihrer Wachstumsstärke alle anderen Industrienationen weit in den Schatten zu stellen? Wo kamen all diese Gelder für die öffentlichen Großprojekte her? Im Kapitel 2.2 wird dies an drei ausgewählten Aspekten eindringlicher beleuchtet.³⁹

2.2. Finanzierung

Avraham Barkai bezifferte die zusätzlichen öffentlichen Ausgaben für die Rüstung in den Jahren 1933 bis 1936 auf 20,8 Milliarden Reichsmark. Die zivilen öffentlichen Investitionen erreichten im selben Zeitraum einen Wert von 6,7 Milliarden Reichsmark. Deren Summe von 27,5 Milliarden Reichsmark war genau der Betrag, den die Nationalsozialisten bis 1936 mehr in den Wirtschaftskreislauf investierten, als ihre Vorgängerregierungen. Tatsächlich musste dieser Betrag auch refinanziert und somit die Arbeitsbeschaffung und Aufrüstung erst ermöglicht werden. Im Folgenden wird es darum gehen darzustellen, woher die Finanzmittel für diese Beschäftigungspolitik kamen.⁴⁰

2.2.1 Zusätzliche Staatseinnahmen durch Wachstum

„Mit der Wiederaufrüstung (...) schaffe ich Kaufkraft und zusätzliche Umsätze.“⁴¹ So formulierte Adolf Hitler seine Ansicht, dass eine Staatsintervention in das Wirtschaftssystem – in diesem Fall eine Kriegsrüstung - der Wirtschaft neuen Auftrieb gibt. Hier lag „der Führer“ mit Sicherheit nicht falsch. Tatsächlich haben sich die Nationalsozialisten als eine der wenigen Parteien schon recht früh die Beschäftigungspolitik zu eigen gemacht, was auch damit zu tun hatte, dass insbesondere der Kreis um Draeger einen engen Kontakt zu einigen Parteimitgliedern hatte. In der Tat passte diese Herangehensweise an wirtschaftliche Probleme genau ins Parteiprogramm der Nazis rein. Militärische Aufrüstung wollte man ja ohnehin. Wenn sich aber gleichfalls mit einer Beschäftigungspolitik die

³⁹ Siehe im Anhang: Tabelle 4

⁴⁰ Siehe im Anhang: Tabelle 5.

⁴¹ Adolf Hitler zitiert nach: Barkai: Wirtschaftssystem, S.152.

horrende Arbeitslosigkeit bekämpfen ließe, so konnte man auf diese Art „zwei Fliegen mit einer Klappe erschlagen“. Das „Strassersche Sofortprogramm“ war geboren, das unter der Losung „Arbeit und Brot“ für eine aktivere Beschäftigungspolitik eintrat und insbesondere bei Arbeitslosen im Wahlkampf 1932 sehr gut ankam.⁴²

Welche Effekte hatten aber die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Hinblick auf die Einsparung von Kosten? Tatsächlich ersparte die sinkende Arbeitslosigkeit dem Staat allein in den Jahren 1933-1936 Ausgaben in Höhe von 4,0 Milliarden Reichsmark. Hinzu kommen zusätzliche Steuereingänge in Höhe von 6,7 Milliarden Reichsmark, von denen das Gros auf die jetzt wieder Arbeitenden entfiel. Nicht mitgerechnet ist in dieser Überlegung die Ankurbelung des privaten Konsums durch die gestiegene Kaufkraft, die Unternehmensumsätze und das Volkseinkommen auf längere Sicht erhöhte. Diese Zugewinne wiederum ermöglichten dem Staat in den nachfolgenden Jahren mehr Steuern und Zölle einzunehmen.⁴³

Ambrosius geht davon aus, dass die gesamten Reichsausgaben der Jahre 1933 bis 1939 zu etwa 56 % durch Steuern, Zölle und sonstige Abgaben finanziert werden konnten.⁴⁴ In diesem Zusammenhang wird sehr schön deutlich, dass sich die Ausgaben für Arbeitsbeschaffung und Rüstung zu einem gewissen Teil durch die zu erwarteten Wiedereinnahmen refinanzierten. Um einen ungefähre Vorstellung davon zu geben, wie sehr sich die Steuern erhöhten: 1934 zahlten die Deutschen ungefähr 5,63 Milliarden Reichsmark Steuern, 1938 waren es schon 14,87 Milliarden Reichsmark.⁴⁵

Dennoch reichte Wachstum nicht alleine aus, um die Ausgaben zu deckeln. Dies wird umso mehr deutlich bedenkt man, dass sich im selben Zeitraum die Staatsausgaben verdreifachten!⁴⁶ Und wenn heute davon ausgegangen wird, dass sich eine Steuersenkung zu höchstens 30 % durch gesteigerten Konsum, usw. ausgleichen lässt, so muss man einsehen, dass auch Konjunkturpolitik zumeist ein „Negativgeschäft“ ist. Eine derartige Politik bedeutet, dass mit staatlichen Finanzmitteln eine künstliche Nachfrage erzeugt wird, die sich dann auf die

⁴² Vgl.: Barkai: Wirtschaftssystem, S.53-62, 153f. Zur „Antikapitalismustendenz“ dieses Programms siehe v.a.: Blaiich: Wirtschaft, S.68-76.

⁴³ Siehe im Anhang: Tabelle 5.

⁴⁴ Vgl.: Ambrosius: Kriegswirtschaft, S.338.

⁴⁵ Siehe im Anhang: Tabelle 2. Ambrosius widerspricht hier von Prollius. Laut seiner Ansicht wurden bereits 1933 schon 7 Milliarden Reichsmark Steuern gezahlt. Demnach würde sich die Steigerung der Steuereinnahmen nicht derart hoch auswirken, wie angenommen. Insgesamt bleibt aber die Tatsache bestehen, dass sich die Erlöse aus Steuern deutlich erhöhten. Vgl.: Ambrosius: Kriegswirtschaft, S.340.

⁴⁶ Vgl.: Ambrosius: Kriegswirtschaft, S.338.

Beschäftigungs- und Besitzverhältnisse positiv auswirken soll. Allerdings gibt es bereits an dieser Stelle größere Differenzen. Insbesondere muss berücksichtigt werden, dass die Nationalsozialisten mit ihrer Kriegsrüstung vor allem Güter ohne einen realen volkswirtschaftlichen Wert (Artilleriegeschütze, Panzer, etc.) herstellten. Selbige konnten weder getauscht noch gekauft und verkauft werden, sie steigerten also den Volkswohlstand nicht, kurz: aus gesamtwirtschaftlicher Sicht waren diese Produkte nicht von bleibendem Wert. Zudem wurden mit der Aufrüstung einseitig Rüstungsindustrien am Leben erhalten, die beschäftigungsintensiv arbeiteten und in Massenproduktion wenig innovative Produkte konstruierten. Teilweise wurde auf diese Art dringend notwendige Verlagerungs- und Restrukturierungsprozesse unterbrochen und ins Gegenteil verkehrt.⁴⁷

Somit dürfte sich die militärischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Kriegsrüstung noch weniger als die zivile Arbeitsbeschaffung volkswirtschaftlich als sinnvoll und auf längere Sicht refinanzierend erwiesen haben. An dieser Stelle ist eben sehr deutlich zu sehen, dass weniger langfristige wirtschaftliche als vielmehr kurzfristige militärisch-politische Ziele die deutsche Wirtschaftspolitik lenkten. Überhaupt bestimmte kurzfristiges Denken das Handeln der Nationalsozialisten. Die folgenden Kapitel werden dies näher thematisieren.⁴⁸

2.2.2. Der Trick mit dem Wechsel

Es sollte jedoch nicht der Eindruck erweckt werden, dass sich Beschäftigungspolitik unverzüglich in höheren Steuereinnahmen für den Staat auswirkte. Tatsächlich waren die psychologischen Effekte anfangs wesentlich höher als die wirtschaftlichen. Erst späterhin stiegen die Einnahmen des Reiches durch die Konjunkturpolitik in signifikantem Maße. Bis dato (ab ca. 1936/36) musste Arbeitsbeschaffung fast völlig vorfinanziert werden. Dies war umso schwieriger, da der internationale Kapitalmarkt sehr durch die Krise in Mitleidenschaft gezogen war und es daher kaum realistische

⁴⁷ Vgl.: Ambrosius: Kriegswirtschaft, S.334ff. Andererseits lässt sich diese Sicht wiederum auch relativieren: insbesondere im Krieg wurde die deutsche Industrie immer mehr zu Rationalisierungen und Produktionssteigerungen gezwungen. Dies machte sie sehr gut gerüstet für die Nachkriegsjahre und war nicht zuletzt ein Grund des Wirtschaftswunders.

⁴⁸ Vgl.: Erhard, Ludwig: Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung, Faksimiledruck der Denkschrift von 1943/44, Frankfurt 1943, S.264. Erhard vertritt diese These ebenfalls. Gleichzeitig meint er aber, dass man nach dem Krieg schleunigst zur Marktwirtschaft zurückkehren sollte. Nur sie sei in der Lage, ein gleichbleibendes Wachstum zu garantieren und eine sichere Schuldenkonsolidierung zu bieten.

Möglichkeiten für die Reichsregierung gab, über diese Schiene in zinsgünstige Darlehen heranzukommen.⁴⁹

Brüning hatte dies 1930 im Rahmen seines Arbeitsbeschaffungsprogramms versucht, war jedoch eben an diesem Problem gescheitert. Hinzu kam, dass die Glaubwürdigkeit der nationalsozialistischen Regierung sowohl bei den Banken des In- als auch des Auslandes nicht unbedingt hoch war und diese Maßnahmen der Kreditaufnahme zusätzliche beeinträchtigte.⁵⁰

Als letzte Möglichkeit der Geldbeschaffung blieb noch die Wechselfinanzierung, was die Braun-Kommission als „inflationistisches Währungsexperiment“ strikt abgelehnt hatte. Unter Umgehung des Reichsbankgesetzes, das eine Ausweitung der Geldmenge strikt ablehnte, wurde dies nun verwirklicht. Der Gereke-Plan eignete sich hierfür vorzüglich, um einen ersten Schritt in diese Richtung zu gehen und Erfahrungen zu sammeln. Mit Hilfe der Oeffa-Gesellschaft wurden Wechsel ausgegeben, die bei der Reichsbank diskontiert werden konnten. Mit Hilfe dieser sofortigen Umlaufmittel-Erweiterung wurde der Gereke-Plan in Höhe von 500 Millionen Reichsmark realisiert. Die positiven Ergebnisse dieses Verfahrens wurden zum Anlass genommen, die beiden Reinhardt-Programme ebenfalls mit so genannten „Arbeitsschatzanweisungen“ zu bewerkstelligen, die die Geldmenge um weitere 1,5 Milliarden Reichsmark erhöhten. Auch diese Wechsel konnten bei der Reichsbank diskontiert werden.⁵¹

Ein Schwachpunkt dieser Wechsel war jedoch, dass sie allzu gut durchschaut werden konnten. Es bestand stets die Gefahr der Inflation und einer Geldverschlechterung. Im schlimmsten Falle hätte dies die Kosten für wichtige Importe in die Höhe schnellen lassen können. Aus diesem Grund musste ein besseres System erdacht werden, mit dem vor allem militärische Arbeitsbeschaffung finanziert werden und andererseits die inflationistische Tendenz und das Ausmaß der Rüstung vor der Allgemeinheit besser verborgen werden konnte.⁵²

Dies war die Geburtsstunde des Mefo-Wechsels. Auf Initiative Hjalmar Schachts wurde im August 1933 die Metallurgische Forschungsgesellschaft m. b. H. (Mefo) gegründet und mit einem Aktienkapital von 1 Million Reichsmark ausgestattet. Die Besitzer dieser Gesellschaft waren die vier größten deutschen

⁴⁹ Vgl.: Golla: Arbeitsbeschaffung, S.151ff; Ambrosius: Kriegswirtschaft, S.340.

⁵⁰ Vgl.: Blaich: Wirtschaft, S.23f; dies sollte ab 1933 ganz anders aussehen. Vgl.: James, Harold: Die Banken im Nationalsozialismus, in: Gall / Pohl: Unternehmen, S.15-24.

⁵¹ Vgl.: Barkai: Wirtschaftssystem, S.153.

⁵² Vgl.: Blaich: Wirtschaft, S.20ff.; Ambrosius: Kriegswirtschaft, S.339; Barkai: Wirtschaftssystem, S.156f.

Schwerindustriekonzerne: Krupp, Siemens, Gute Hoffnungshütte und Rheinmetall. Barkai schreibt recht süffisant, dass der fiktive Charakter der Firma allein schon dadurch hervorstach, dass sie bei einem Eigenkapital von 1 Million Reichmark Wechsel im Wert von insgesamt 12 Milliarden Reichmark akzeptierte. Damit verfügte sie über eine Eigenkapitalquote von 0,000833' %!⁵³

Allein war die Diskrepanz zwischen Soll und Haben weitgehend unbekannt, da der Wechsel entsprechend den Anordnungen zwar bei der Reichsbank auf drei Monate befristet war, jedoch bis auf fünf Jahre laufend prolongiert werden konnte. Er bewirkte also eine sofortige Ausweitung der Geldmenge ohne etwaige negative Folgen wie Inflation, Vertrauensverlust in die Währung, usw.⁵⁴

Der vermutlich wichtigste Punkt aber war, dass die Rüstung der ersten Jahre unter Hitler damit wirkungsvoll finanziert und verschleiert werden konnte. Insbesondere das Ausland wurde durch die Mefo-Wechsel, die in den ersten Jahren über 85 % der Aufrüstung und Arbeitsbeschaffung deckten, über das wahre Ausmaß völlig im Unklaren gelassen. Großbritannien und Frankreich fielen dann, als sie erkannten dass die Rüstung im vollen Gange war, „aus allen Wolken“: Hitler hatte es bis 1936 geschafft, die Rüstungsausgaben im Vergleich zur Weimarer Republik um ein Vielfaches zu steigern und die Breite der Maßnahmen wirkungsvoll zu verstecken. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurden die Anstrengungen aufgrund der unübersehbaren Größe und der Notwendigkeit, auf dem wiedererstarkten Kapitalmarkt sich Geld zu holen nicht länger verheimlicht und die ab 1939 fälligen Wechsel durch Reichsbank-Schatzanweisungen bedient.⁵⁵

Sein Ziel hatte der Einsatz der Mefo-Wechsel damit erreicht: die Reichsbankanordnungen konnten offiziell bestehen bleiben und damit blieb das Vertrauen in die deutsche Währung konstant. Dieses Gesetz begrenzte die Anleihebewilligungen, erlaubte jedoch die Aufnahme kurzfristiger Handelswechsel. Diese Wechsel wurden von der Mefo an Unternehmen ausgegeben, die Rüstungsaufträge erledigten. Diese diskontierten die Wechsel bei ihren Privatbanken und konnten sie sich bei Bedarf durch die Reichsbank auszahlen lassen. Um jedoch genau dies zu vermeiden, wurde mit 4 % ein erstklassiger Zinssatz festgelegt, was viele Unternehmen dazu trieb, die Laufzeit ihres Wechsels auf maximal fünf Jahre zu verlängern. Man kann demnach von einer win-win-Situation für beide Beteiligten

⁵³ Vgl.: Barkai: Wirtschaftssystem, S.156.

⁵⁴ Vgl.: Barkai: Wirtschaftssystem, S.157.

⁵⁵ Vgl.: Ambrosius: Kriegswirtschaft, S.339; Barkai: Wirtschaftssystem, S.156f.

sprechen. Der Staat erhielt auf Pump „Panzer und Munition“ – war damit für den künftigen Krieg gerüstet - und die Rüstungsunternehmen konnten ihren Umsatz steigern, Arbeitsplätze schaffen und weiterhin an den Zinsen verdienen. Auf diese Weise blieb der tatsächliche Umfang des deficit-spending, der Rüstung und der militärischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vor dem europäischen Ausland wirkungsvoll verheimlicht.⁵⁶

2.2.3. Reichsanleihen und Verschuldung

Wie Ambrosius richtig feststellt, schwand die Bedeutung der Wechselfinanzierung „ab 1935 in dem Maße, in dem zum einen die Steuereinnahmen stiegen [siehe Kapitel 2.2.1. – F.G.] und zum zweiten der Kapitalmarkt erneut in größerem Umfang Reichsanleihen aufnahm. Bürger wurden mit patriotischen Reden dazu angehalten, Titel des Staates zu zeichnen, was manche auch taten. Viele andere aber, die insbesondere mit der Zeichnung von Kriegsanleihen im Ersten Weltkrieg eine sehr schlechte Erfahrung gemacht hatten, waren hierzu weniger bereit. Folglich ersann das Regime eine Möglichkeit, auch ohne die Zustimmung der Bürger deren Spareinkommen im Sinne des „Führers“ zu nutzen. An dieser Stelle wirkte sich insbesondere aus, dass die Bürger trotz wirtschaftlicher Besserstellung ihren Konsum sehr einschränkten und sparten, was zu einem Großteil darauf zurückzuführen war, dass der expandierenden Kaufkraft kein entsprechendes Warenangebot gegenüberstand.⁵⁷

Ein übermäßiger ziviler Konsum war aber auch nicht im Interesse des nationalsozialistischen Staates. Vielmehr konnten die Nazis vom Wachstum der Spareinlagen der Bürger profitieren. Die von ihnen als „Kapitalsammelstellen“ bezeichneten Banken und Sparkassen wurden verpflichtet, das Spargeld zum großen Teil in Staatstitel anzulegen. Auf diese Art und Weise kamen die Nationalsozialisten auf dem Umweg staatlicher Regulierung doch noch an die Ersparnisse heran und konnten sie „geräuschlos abschöpfen“, wie es Ambrosius nannte. Auch eine „finanzielle Volksabstimmung gegen den Krieg“ konnte so vermieden werden. Insgesamt wurden Reichsanleihen in Höhe von 17 Milliarden Reichsmark untergebracht.⁵⁸

⁵⁶ Vgl.: Ambrosius: Kriegswirtschaft, S.339.

⁵⁷ Vgl.: Ebd.: S.340ff.

⁵⁸ Vgl.: Ebd.

Reines Aktienkapital hingegen war schon vor der Machtergreifung als „raffendes Kapital“ verunglimpft worden. Nach 1933 wurden Dividendenausschüttungen auf eine Höhe von 6 % begrenzt und doppelt besteuert. Bei höherer Ausschüttung musste immer der gleiche Betrag in Reichsanleihen angelegt werden. Hinter all diesen Maßnahmen stand die Angst, dass für den Staat notwendige Kapitalreserven ins Ausland abwandern könnten und Deutschland auf diese Weise nicht genügend Geld für die Arbeitsbeschaffung und Rüstung zur Hand haben würde. An diesen Beispielen wird recht schön deutlich, dass sich die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik nicht nur darauf beschränkte, im Sinne des Keynesianismus mit Staatskonjunktur Wachstum zu schaffen, sondern gleichfalls stark in die integralen Zusammenhänge des wirtschaftlichen Systems eingriff und genau festlegte, wo und auf welche Art Geld verliehen, angelegt und als Dividende ausgeschüttet wurde. Nur so war eine Arbeitsbeschaffung und Kriegsrüstung in dieser Größenordnung überhaupt zu finanzieren.⁵⁹

3. Wirkung der Maßnahmen

3.1. Gesamtwirtschaftliche Effekte

a) Der Erfolg: Steigerung des Volkseinkommens und des Bruttosozialproduktes

Das Erreichen einiger wünschenswerter Ziele lässt sich der NS-Wirtschaftspolitik nicht bestreiten. Die Beschäftigungspolitik erfüllte ihren Nebenzweck – Hauptzweck war selbstverständlich die Vorbereitung der militärischen Rüstung – und brachte vielen Menschen Arbeit. Das Volkseinkommen stieg in der Phase der Arbeitsbeschaffung ungemein. Dies hing vor allem damit zusammen, dass nun immer mehr Menschen wieder einer Tätigkeit nachgehen konnten und keine Sozialleistungen mehr bedurften, sondern ganz im Gegenteil wieder Beiträge zahlten. Als parallele Erscheinung erhöhten sich damit die Kaufkraft und die Wirtschaftsleistung der deutschen Industrie, da immer mehr Produkte angefordert wurden. Um eine ungefähre Vorstellung davon zu erhalten, wie gewaltig die Entwicklung war, sei auf die Daten Barkais verwiesen. Dieser meint, dass sich das Volkseinkommen von 1932 bis 1936 um 46 % erhöhte.⁶⁰

⁵⁹ Vgl.: Ambrosius: Kriegswirtschaft, S.340ff.

⁶⁰ Siehe im Anhang: Tabelle 4.

Dies war umso bedeutsamer berücksichtigt man, dass sich die Lebenshaltungskosten von 1932 bis 1936 lediglich um ca. 5 % erhöhten. Obwohl sich insgesamt die Steuern nicht verringerten, wirkte sich die Tatsache, dass nunmehr fast alle Arbeitswilligen auch eine Beschäftigung fanden, äußerst positiv auf die Kaufkraft der Bürger aus. Allerdings muss an dieser Stelle noch einmal wiederholt werden: Der Anteil der Bürger am Volkseinkommen sank zusehends. Wie das? Die größten Nutznießer der Staatskonjunktur waren die Unternehmen. Deren Kapitalquote – Anteil am Volkseinkommen – erhöhte sich beträchtlich, während gleichzeitig die Lohnquote deutlich nachgab.⁶¹

Insgesamt wuchs die deutsche Wirtschaftsleistung im Betrachtungszeitraum bis 1936 um gut 43 % und konnte damit eine Wachstumsrate von annähernd 10 % per Annum verzeichnen.⁶² Soviel zu den Erfolgen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik in Bezug auf den gesamtwirtschaftlichen Kontext. Wie anfangs beschrieben, können bei der Gesamtbetrachtung selbige nur sehr schwer abgestritten werden. Gleichzeitig wird bei der Bewertung auch zu berücksichtigen sein, in welchem Zusammenhang und mit welcher Zielsetzung diese Politik betrieben wurde und welche Folgen sie für das Wirtschaftssystem herbeiführte.

b) Die Veränderung: Verschiebungen innerhalb der Industrieproduktion

Alle Veränderungen innerhalb des Wirtschaftssystems aufzuzählen, die sich als Ergebnis einer NS-Politik einstellten, würde hier zu weit führen. Viel wichtiger erscheint an dieser Stelle darzustellen, welche integralen Funktionen die zivile wie militärische Arbeitsbeschaffung hatte. Selbige waren Teil der ersten Maßnahmen des neuen Regimes und leiteten eine Phase wirtschaftspolitischer Veränderungen ein. Viel wurde bereits erzählt über die Bereitschaft der NS-Regierung sich in wirtschaftliche Gegebenheiten einzumischen, Angebot und Nachfrage mit zu gestalten und das Finanzsystem nach ihren Interessen neu zu ordnen. Hier könnten dann Einführungen in die Festsetzungen von Löhnen und Preisen, in arbeitsmarktpolitische Einschränkungen, usw. erfolgen. Dies hat aber eigentlich weniger mit Beschäftigungspolitik zu tun als mit genereller Wirtschafts- und Geldpolitik.⁶³

⁶¹ Siehe im Anhang: Tabelle 3

⁶² Siehe im Anhang: Tabelle 4

⁶³ Vgl.: Blaich: Wirtschaft, S.15f.

Viel wichtiger ist dagegen zu untersuchen, welche Veränderungen in der Wirtschaft sich durch die Arbeitsbeschaffung auftraten. Insgesamt stellten die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die ersten Schritte in Richtung einer Verschiebung innerhalb der Industrieproduktion dar. Wurden zwar noch im Zuge der ersten Programme der Gereke- und Reinhardt-Pläne vor allem zivile Projekte unterstützt, so sah dies späterhin ganz anders aus. Nun standen nicht mehr länger öffentliche Bauten in den Kommunen oder die Unterstützung von Renovierungsarbeiten im Vordergrund. Stattdessen erfolgte die Umsetzung dessen, was Hitler schon 1933 als Bemühung zur „Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes“ als Hauptziel anerkannte.⁶⁴

Spätestens ab Ende 1934 wurden alle Maßnahmen unternommen, um in Deutschland zu einer Kriegsrüstung zurückkehren. Früher war dies nicht möglich gewesen, da man keine Industrie über Nacht von einer Zivil- auf eine Militärproduktion umstellen kann. Was wurde verändert? Erstens forcierte man den Autobahnbau, um ein adäquates Straßensystem im Deutschen Reich zu schaffen. Zweitens wurde der Automobilbau unterstützt, um im Kriegsfall auf eine große Kraftfahrzeugreserve zugreifen zu können.⁶⁵ Drittens erhielten Metall- und Rüstungsunternehmen steuerliche Vorteile und durch die Bestellung großer Stückzahlen von Kriegsgerät eine gewisse Planbarkeit für die Zukunft. Viertens und nicht zuletzt wurden 1935 der zuvor freiwillige Arbeitsdienst zum Pflichtjahr und die Wehrpflicht wiedereingeführt.⁶⁶

Alle diese Bemühungen führten in die Richtung, dass sich die Industrie in ihrer Produktion immer mehr auf die Herstellung von militärischen Gütern oder Gütern für den Kriegsgebrauch einstellte. Während die Bürger infolge der wirtschaftlichen Besserstellung über immer mehr Geld für den Konsum verfügten, wurde das zivile Warenangebot nicht ausgeweitet – es sei denn, selbiges war für den militärischen Gebrauch relevant.⁶⁷ An dieser Stelle ist recht eindringlich zu sehen, dass Hitler und die Nationalsozialisten von Anfang an eben keinen Volkswohlstand anstrebten, sondern ganz im Gegenteil stets dazu bereit waren, ihre Mitbürger zum

⁶⁴ Vgl.: Blaich: Wirtschaft, S.55.

⁶⁵ Vgl.: Spoerer, Mark: Die Automobilindustrie im Dritten Reich. Wachstum um jeden Preis, in: Gall / Pohl, Unternehmen, S.61-68 und Grieger, Manfred: Das Volkswagenwerk. Unternehmensentwicklung zwischen Rüstung und Zwangsarbeit, in: Ebd., S.45-54.

⁶⁶ Vgl.: Barkai: Wirtschaftssystem, S.153-162.

⁶⁷ Zum Beispiel bei Autos. Vgl.: Spoerer: Automobilindustrie, S.66ff.

Verzicht zu zwingen, wenn dafür der „Wiederwehrhaftmachung“ ein Dienst geleistet werden konnte.⁶⁸

Gleichzeitig darf man nicht soweit gehen zu sagen, dass die Nazis lediglich Kriegsrüstung im Sinn hatten. Hingegen besaßen sie ein sehr feines Gespür dafür, dass eine reine Kriegsproduktion auf den Unwillen vieler Deutscher treffen musste. Dies war ein Grund dafür, warum der „Totale Krieg“ erst nach dem Desaster von Stalingrad ausgelöst wurde und nicht etwa früher. Stets befürchteten die Nationalsozialisten den Unmut des Volkes zu erregen und waren aus diesem Grunde zum militärischen Drahtseilakt bereit, ihre unglaublich erfolgreichen Blitzkriege der ersten Jahre mit insgesamt unzureichend ausgerüsteten Armeen zu bestreiten. An den Erfolgen hatte mehr die überlegene Strategie als die Bewaffnung ihren Anteil.⁶⁹

c) Der Anfang: Die Wirtschaft stellt sich auf Staatskonjunktur ein

Auch wenn wir noch nicht von einem Staatskapitalismus in dem Sinne sprechen können, dass Produktion und Verteilung, marktwirtschaftliche Kontrollfunktionen und Preise in einem allumfassenden Sinne von einer zentralisierten Gewalt festgelegt wurden, wie dies beispielsweise in der sowjetischen Planwirtschaft der Fall war, so lassen sich den zivilen und militärischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gewisse staatskonjunkturelle und teils planwirtschaftliche Elemente nicht absprechen. In vielerlei Hinsicht wurde ein Angebot an Arbeit künstlich erzeugt, um damit überhaupt erst die Nachfrage zu ermöglichen. Somit wurde in diesem Bereich das natürliche Spiel der Kräfte und die Ausgewogenheit von Angebot und Nachfrage aufgehoben und ein Wachstum auf Pump generiert.⁷⁰

Gegen anfängliche Bedenkensträger setzte sich mit der Machtergreifung immer mehr die These durch, dass mit dieser Konjunkturpolitik der Krise zu begegnen sei. Die Unternehmen fanden sich damit ab, dass der Staat immer mehr als Nachfrager von Arbeit auf den Plan trat und die feindliche Stimmung verkehrte sich ins totale Gegenteil. Die Firmen erkannten nun, wie viel Umsatz mit dem neuen Maßnahmenpaket für sie herausspringen konnte und fanden sich in ihrer Theorie durch das Wirtschaftswachstum der Folgejahre mehr als bestätigt. Zumal war man ja nicht das einzige Land, das so handelte. Bei einem Blick über „den großen Teich“ fiel auf, dass Roosevelt „New Deal“ ähnliche Euphorie hervorhob, wenngleich Keynes –

⁶⁸ Vgl.: Ambrosius: Kriegswirtschaft, S.340.

⁶⁹ Vgl.: Prollius: Wirtschaftssystem, S.342ff.

⁷⁰ Vgl.: Neumann: Wirtschaftsstruktur, S.174ff.

auf den der Amerikaner sich des öfteren bezog – meinte, FDR habe nichts verstanden.⁷¹

Es darf nicht vergessen werden, dass der Staat insbesondere den Industrieunternehmen infolge der Nachfrage auf lange Sicht große Umsatzzuwächse sicherte und auf diese Art eine großzügige Planbarkeit ermöglichte. Auch wenn wie Pollock schreibt, die Gewinninteressen stets dem „allgemeinen Plan“ des Staates untergeordnet werden mussten,⁷² so sahen die Nationalsozialisten dennoch eine große Anzahl von Anreizen vor, die Unternehmen für ihre Mühen fürstlich zu entlohnen. Die Kehrseite der Medaille war, dass der Staat eine Kartellierungs- und Konzentrierungspolitik betrieb und viele Unternehmen teils durch Zwang zusammenfügte.⁷³

Es war demnach eine sehr wechselvolle Beziehung zwischen Industrie und Staat. Einerseits erlebte man das neue System als Garant für Beschäftigung und Umsatz, andererseits mischte es sich mit der Zeit immer rigider in Firmenpolitik und betriebliche Mitsprache ein. Insbesondere in der Spätphase wurden viele einstige Inhaber und Chefs zu reinen Kapitalgebern herabgewürdigt, denen zwar der Betrieb gehörte. Die Führung wurde an Technokraten der neuen NS-Ideologie übertragen.⁷⁴

d) Die Gefahr: Arbeitsbeschaffung und Rüstung als Kriegsvorbereitung ohne Alternative?

Der vermutlich wichtigste Punkt kommt nun am Schluss dieses Kapitels, die Frage: „Führten zivile und militärische Arbeitsbeschaffung, Kriegsrüstung und Umgestaltung der Wirtschaft auf einer „Einbahnstraße“ in die Gräben des Zweiten Weltkriegs? Eine Frage, die schwerlich zu beantworten ist, gleichzeitig diskutiert werden muss, spricht man über die Erfolge der NS-Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Viel wurde bereits darüber gesagt, dass die Staatskonjunktur auf Pump lief und sich bei weitem nicht gänzlich durch höhere Steuereinnahmen und Einsparungen bei den Arbeitslosen deckte. Nur etwa die Hälfte der Kosten konnte damit aufgefangen werden; dies vor allem, weil viele Militärgüter ohne jeden inhärenten volkswirtschaftlichen Wert hergestellt wurden.⁷⁵

⁷¹ Vgl.: Neumann: Wirtschaftsstruktur, S.175ff.

⁷² Vgl.: Pollock, Friedrich: Staatskapitalismus, in: Horkheimer: Wirtschaft, S. 86.

⁷³ Vgl.: Neumann: Wirtschaftsstruktur, S.143-147.

⁷⁴ Vgl.: Neumann: Wirtschaftsstruktur, S.186; Pollock: Staatskapitalismus, S.103.

⁷⁵ Siehe vor allem: Kapitel 2.2.1.

Wer also sollte die Schulden bezahlen, die immer reichlicher aufliefen? Wer die wertlosen Rüstungswechsel bedienen? Viele Wissenschaftler der damaligen Zeit waren der Ansicht, dass eine derartig forcierte Deflationspolitik lediglich in Zeiten der Knappheit für eine Kriegsvorbereitung genutzt werden konnte. Als „eine Parodie der klassenlosen Gesellschaft“⁷⁶ war der Kapitalismus der Nationalsozialisten jederzeit dazu bereit, rote Zahlen zu schreiben, da man ja ohnehin einen Krieg um Lebensraum zu führen gedachte. Den Erwerb dieses Raumes, praktisch die „Quittung“ der ganzen Sache, gedachte man den zu besiegenden Völkern „zu servieren“. Es wurde demnach bereits mit der Machtergreifung ein Kreislauf in Gang gesetzt, der sich im Laufe der Zeit immer mehr beschleunigte.⁷⁷

Um eine bildliche Beschreibung zu liefern: Die Nationalsozialisten verhielten sich wie ein Autofahrer, der mit einem PKW ohne Bremsen fährt nach dem Motto: „entweder klappt es oder es klappt nicht.“ Nach Inbetriebnahme „des Motors“ und dem „Antritt der Fahrt“ gab es demnach nur noch äußerst wenig Möglichkeiten, den Staatsbankrott abzuwehren, ohne einen Krieg zu führen.⁷⁸

3.2. Psychologische Effekte

a) Wiederaufstieg und Hoffnung: Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit

Ein wichtiger psychologischer Effekt der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffung war sicherlich die Tatsache, dass das neue Regime die hohe Arbeitslosigkeit von über 30 % der arbeitsfähigen Bevölkerung beendete und die über sechs Millionen Arbeitslosen Schritt für Schritt in Beschäftigung zurückführte. Doch damit nicht genug: Ebenfalls berücksichtigt werden muss, dass auch all jene, die in der Weltwirtschaftskrise ihre Arbeit nicht verloren hatten, hart um ihren Selbstunterhalt kämpften oder sich als abhängig Beschäftigte stets um ihren Job sorgten. Diese bleischwere, drückende Last wurde nun der Bevölkerung von den Schultern genommen. Für so manchen zeichnete sich ein sozialer und wirtschaftlicher Wiederaufstieg ab. Vor allem aber wurde den Bürgern, die nach fünf Jahren Krise überaus ernüchtert waren, wieder etwas Hoffnung geschenkt.⁷⁹

Vollkommen verständlich dürfte es einigen heute erscheinen, dass sich manche an diesen „Strohalm“ der Hoffnung klammerten und dafür bereit waren,

⁷⁶ Vgl.: Horkheimer, Max: Autoritärer Staat, in: Horkheimer, Wirtschaft, S.75.

⁷⁷ Vgl.: Barkai: Wirtschaftssystem, S.227-231.

⁷⁸ Auf der Fahrt selbst konnte man sich gut fühlen und „die Früchte des Wagnisses ernten“. Gleichzeitig hatte man bei einer „scharfen Kurve“ keine Alternative mehr: Entweder man meisterte „die Kurve“ oder man kam von der Straße ab und landete „im Graben“.

⁷⁹ Vgl.: Rohland, Walter: Bewepte Zeiten. Erinnerungen eines Eisenhüttenmannes, Stuttgart 1978, S.52.

andere Dinge des NS-Programms „zu übersehen“. Wie Avraham Barkai schrieb, haben es die Nationalsozialisten auf sehr wirkungsvolle Art vollbracht, ein Programm zu entwerfen, in dem für jeden Staatsbürger etwas dabei war. Der Antisemit fand sich in der Hetzpropaganda gegen die Juden wieder. Der Anti-Bolschewik empfand Hitlers Reden gegen den sowjetischen Bolschewismus befreiend. Die Arbeitslosen setzten auf Strassers „Sofortprogramm“, während manche Unternehmer sich durch Staatskonjunktur schon aus dem konjunkturellen Tief segeln sahen. Die Militaristen stimmten der Wiederaufrüstung zu und fast alle Bürger empfanden die nachdrücklich geforderte Revision des Versailler Vertrages insbesondere in der „Kriegsschuldfrage“ als sehr wichtig.⁸⁰

Tatsächlich können wir die NSDAP als die einzige wirkliche „Volkspartei“ der Weimarer Republik bezeichnen, da sie mehr alle anderen Parteien ein sehr breites Spektrum unterschiedlichster Wählerschichten als ihre Anhänger ausweisen konnte. Auch wenn des Öfteren betont wird, dass vor allem Mittelständler und Angestellte „Braun“ wählten, so fanden sich ebenfalls eine große Anzahl von Arbeitslosen und Wählern aus Arbeiterfamilien unter ihren Zusprechern.⁸¹

b) Vertrauen und Akzeptanz: Die Wirtschaft wächst, der Lebensstandard stagniert

Der Erfolg der Arbeitsbeschaffungsprogramme, die die Arbeitslosigkeit zwischen 1933 und 1936 um 4,5 Millionen reduzierte, brachte Hitler eine noch größere Zustimmung im deutschen Volk. Man stelle sich einmal vor, welche Hochachtung in der heutigen Zeit eine Partei haben würde, die die landesweite Arbeitslosigkeit jedes Jahr aufs Neue um über 1 Million senken kann! Eine solche Regierung müsste schon sehr viel Schlechtes tun, um sich um die Wählergunst zu bringen.⁸²

Demgegenüber blieb der Lebensstandard der einzelnen Bürger weiterhin unter den Möglichkeiten der Zeit. Dies hatte vor allem damit zu tun, dass die Löhne und Gehälter in einigen Bereichen sanken oder bestenfalls stagnierten. Zwar senkte dies den Lebensstandard nicht, weil gleichzeitig Lebenshaltungskosten und Mietpreise sanken; dennoch: Das Lohnniveau von 1932 wurde bei den

⁸⁰ Vgl.: Barkai: Wirtschaftssystem, S.228.

⁸¹ Dieser Fakt wird insbesondere dann deutlich wenn wir überlegen, dass alle anderen Parteien vor allem Politik für ihr „Wählerklientel“ machten. Höchstens das Zentrum lässt sich in eine ähnliche Richtung rücken (hier war die Konfession das Verbindende), das aber 1933 zweifellos in den Wirren der Weimarer Republik sehr an Anhängerschaft eingebüßt hatte.

⁸² Siehe im Anhang: Tabelle 4.

Realwochenlöhnen erst 1936 wieder erreicht. Der Realtariflohn, also der Mindestlohn, blieb hier noch deutlich darunter.⁸³

Dennoch waren die meisten Menschen froh, überhaupt eine Beschäftigung zu haben und was noch viel wichtiger war: sie konnten sich besser auf die Zukunft einstellen. Die Beschäftigungspolitik der Regierung schaffte den Menschen die Grundlage, ihre individuellen Planungen (Hausbau, Familie, usw.) durchzuführen. Sie fühlten sich im Gesamten also deutlich besser und vor allem sicherer aufgehoben als in den Zeiten des Wirtschaftsliberalismus der Weimarer Demokratie. Auch dies bestärkte sie in der Ansicht, dass die neue Regierungsform die einzig richtige sei. Sie wünschten sich von ganzem Herzen einen starken Mann an der Spitze, der sie aus allem Übel erretten würde. Und auch wenn wir uns das heute nicht mehr vorstellen können: für Millionen von Deutschen war diese Person Adolf Hitler.⁸⁴

c) Stolz und Verdrängung: „Deutschland wird immer als Brennpunkt der abendländischen Welt gegenüber bolschewistischen Angriffen anzusehen sein.“⁸⁵

„Der Führer“ hatte in seiner Denkschrift zum Vierjahresplan aus dem Jahre 1936 die offizielle Marschrichtung vorgegeben: Das Deutsche Reich sollte als künftiges Bollwerk Europas gegen eine kommunistische Invasion ausgebildet werden. Dies sei umso wichtiger, da die durch ihre „demokratische Lebensform“ zersetzten Staaten dieser „Bedrohung“ nicht länger gewachsen sein würden. Mit Sprüchen dieser Art konnte Hitler bei großen Teilen des Volkes punkten. Er gab ihm eine zu erfüllende Aufgabe, nein eher eine Mission, für die das Einüben von Verzicht notwendig war.⁸⁶

Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wirkten in diesem Zusammenhang als die nötige staatliche Intervention, um Deutschland für einen künftigen Krieg zu wappnen. Sie wurden von vielen daher als eine reine Notwendigkeit betrachtet, zwar als eine finanzielle Hypothek für künftige Generationen, die die Zeche zu zahlen hatten, dennoch angesehen als eine Anforderung, für deren Erfüllung es keine Alternative gab.⁸⁷

⁸³ Siehe im Anhang: Tabelle 6.

⁸⁴ Man sollte nicht den Fehler machen und versuchen, das Denken und Handeln der Menschen vom heutigen Standpunkt aus zu beurteilen. Auch sollte man nicht sagen, ich hätte mich damals ganz anders verhalten. Um die Menschen und ihre Taten zu verstehen, ist es wichtig, sich wirklich eindringlich mit ihren Lebensumständen auseinanderzusetzen. Nur unter Berücksichtigung dieser Strukturen kann eine realistischere Beurteilung erfolgen.

⁸⁵ Adolf Hitler zitiert nach: Blaich: Wirtschaft, S.61.

⁸⁶ Vgl.: Blaich: Wirtschaft, S.62ff.

⁸⁷ Vgl.: Golla: Arbeitsbeschaffung, S.77; Barkai: Wirtschaftssystem, S.52ff.

Durch das Herstellen und Herbeireden einer Gefahrensituation wurde der Fokus von innenpolitischen Problembereichen weggelenkt auf die internationale Bühne. Frei nach Machiavelli hatte auch Adolf Hitler begriffen, dass er an dieser Stelle die Aufmerksamkeit der Bürger zu fesseln hatte, wollte er, dass sie seine Aufrüstungspläne mittrugen. Es galt also, eine Bedrohung zu kreieren und vor allem innen- und außenpolitische Erfolge vorzuweisen, die das Ansehen des Regimes in der Bevölkerung heben würden.⁸⁸

Als ein weiterer Nebeneffekt der Politik von erfolgreicher Arbeitsbeschaffung in Verbindung mit diesem „missionarischen Ansatz“ lässt sich die Verdrängung von Problemen seitens der Bürger auffassen. Längst nicht jedem gefielen sämtliche Anteile des NS-Programms, längst nicht alle dürften sich für jede Maßnahmen begeistert haben. Dennoch bewirkte die allgemeine Ausrichtung der NS-Politik, dass für jeden etwas dabei war, für das er sich erwärmen konnte und das die offensichtlichen Fehler der neuen Regierung zu lindern schien. So wurde von den meisten Menschen auch die Verfolgung von Minderheiten akzeptiert, wenngleich sich nur eine geringe Prozentzahl an Gewalttaten und Ausschreitungen beteiligte.⁸⁹

Es wurde demnach eine Art Rechnung aufgemacht, ein Soll und Haben der nationalsozialistischen Regierung, bei der jeder Bürger seine Präferenzen anders setzte. Insgesamt – darüber sollten wir uns keine Illusionen machen – war die Rechnung positiv; das heißt, die meisten waren zur Duldung der negativen Aspekte durchaus bereit, weil für sie persönlich die positiven überwogen. Ein Beschäftigungsloser, der durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wieder in Arbeit kam, war jederzeit bereit, dafür einen Lohn zu akzeptieren, der nach wirtschaftlichem Ermessen höher ausfallen könnte. Er war auch bereit, die nationalsozialistische Hetzpropaganda zu dulden, weil er davon ja nicht betroffen war. Er sah vor allem seine persönliche Besserstellung. Diese psychologische Auswirkung von ziviler wie militärischer Arbeitsbeschaffung darf nicht ignoriert werden. Die wirtschaftlichen Leistungen der NS-Regierung waren die Grundvoraussetzungen dafür, dass die Bürger andere unpopuläre Dinge stillschweigend ertrugen.⁹⁰

⁸⁸ Vgl.: Barkai: Wirtschaftssystem, S.208f.

⁸⁹ Vgl.: Ebd.

⁹⁰ Vgl.: Ebd.: S.228.

C) Schluss

Avraham Barkai sprach in seinem Schlusswort davon, dass die Nationalsozialisten zweifellos zu einem günstigen Zeitpunkt das Ruder übernahmen. Am Horizont zeichnete sich erstmalig eine Besserung der Wirtschaftslage ab und auch der letzte standhafte Wirtschaftsliberale dürfte 1933 erkannt haben, dass die überlieferte Theorie nicht auf alle Fragen die passenden Antworten parat hatte. Zudem – und dies nicht zuletzt – gruppierten sich die Wirtschaftsverbände hinter die NSDAP und trugen die Maßnahmen der Regierung ohne Vorbehalt mit. Günstige Ausgangsbedingungen also für eine staatliche Interventionspolitik in den Wirtschaftskreislauf, der bis 1937 schließlich so umgeformt werden sollte, dass Barkai ab diesem Zeitpunkt bereit ist, von einer Kriegswirtschaft zu sprechen.

In der Einleitung wurden drei grundlegende Fragen angesprochen, die im Hauptteil ausführlich und differenziert untersucht wurden. Im Schluss soll nun eine abschließende Beantwortung und Bewertung stehen. Frage 1) zielte auf die Urheber der Arbeitsbeschaffung ab, es wurde gefragt, ob diese eine originäre Erfindung der Nationalsozialisten und ihrer Wirtschaftswissenschaftler waren. Wie es Barkai ausdrückte, waren die ersten Erfolge der Nationalsozialisten durch die Arbeitsbeschaffung nicht „auf deren Mist gewachsen“, vielmehr konnte das neue Regime „ernten, was andere vor ihnen gesät hatten.“ Erste Maßnahmenpakete wurden bereits durch die Regierungen Schleicher und Papen angedacht und verwirklicht. „Die Ernte“ insbesondere von Schleichers „Gereke-Programm“ oblag den Nationalsozialisten und sicherte ihnen einen Zuspruch in Volk und Unternehmerschaft. Durch diese Ereignisse beflügelt, sprang das neue Regime auf den schon „fahrenden Zug“ auf und handelten ähnlich.

Der wissenschaftliche Hintergrund der neuen Ideen lässt sich weitaus schwieriger nachvollziehen. Freilich waren die Nazis die ersten, die schon 1932 mit Arbeitsbeschaffungsplänen in den Wahlkampf gezogen waren, während andere Parteien fest an den Wirtschaftsliberalismus glaubten. Dennoch: Die Erfinder dieser neuen Thesen waren keine Nazis, sondern vielmehr zumeist unpolitische Wirtschaftswissenschaftler wie Wilhelm Lautenbach, „der deutsche Keynes“. Auch der Initiator der wichtigen „Studiengesellschaft“, Heinrich Draeger, der seine Gedanken zur Arbeitsbeschaffung in der Reihe „NS-Bibliothek“ veröffentlichte, war kein Nazi gewesen. Er versuchte nur, die neuen Ideen auf allen möglichen Bahnen in die Politik einfließen zu lassen, um an der bestehenden wirtschaftlichen Misere etwas

zu ändern. Unter Berücksichtigung dieser Überlegungen lässt sich die Frage 1 mit einem deutlichen „Nein“ beantworten. Arbeitsbeschaffung war keine originäre Idee der Nationalsozialisten, sie wurde von unabhängigen Wissenschaftlern erdacht und in allen Parteien diskutiert.

Zweitens wurde nach Umsetzung und Finanzierung der Arbeitsbeschaffung gefragt. Die deutsche Volkswirtschaft lag Anfang 1933 sprichwörtlich am Boden, über die vielen Probleme und Hindernisse wurde bereits ausdrücklich gesprochen. Wie konnte also die Beschäftigungspolitik finanziert werden? Die ehrliche Antwort müsste lauten: „Gar nicht“ und deshalb wurde sie ja auch nicht mit den üblichen Mitteln finanziert. Wir haben in Kapitel 2 gesehen, dass selbst die wirtschaftliche Gesundung und die Tatsache, dass die Bürgern mehr Steuern und Abgaben leisteten, dass all dies die horrenden Ausgaben bei weitem nicht aufwiegen konnten. Insbesondere wenn man bedenkt, dass späterhin vor allem Rüstungsgüter ohne volkswirtschaftliche Wert hergestellt wurden. Also Güter die nicht konsumiert, gekauft und getauscht werden konnten.

Finanziert wurden die Maßnahmen insbesondere mittels einer Täuschung. Es wurde mit der Mefo ein Organ geschaffen, das nicht nur die Ausmaße der Rüstung wirkungsvoll vor dem Ausland verschleiern konnte, sondern auch Geld erfand, das gar nicht da war. Durch Schachts clevere Methode fiel der Schwindel allerdings erst auf, als die Wechsel nach fünf Jahren bedient werden mussten. Wie wirkungsvoll sich auch England davon täuschen ließ, lässt sich bei Blaich nachlesen.⁹¹

Bei der Finanzierung wurden also Schulden gemacht, die die zu besiegenden Völker dann begleichen sollten. Sie sollten also für ihre eigene Unterwerfung aufkommen. Erst in Form der Oeffa- und Mefo-Wechsel, dann in Form der Ausgabe von Reichsschuldverschreibungen wurde Geld kreiert, das gar nicht da war. Zudem gelangte der Staat mittels einer sehr rigiden Finanzgesetzgebung an die Spareinlagen, die die Bürger sicher bei Banken und Sparkassen aufgehoben dachten. So konnten die Nationalsozialisten eine „finanzielle Volksabstimmung“ über Krieg und Frieden verhindern. Die Deutschen bekamen hiervon kaum etwas mit, das System funktionierte hingegen blendend.

⁹¹ Vgl.: Blaich: Wirtschaft, S.58f. Hier wendet sich in einem der Reichsaußenminister in einem Schreiben an den britischen Botschafter. Zuvor hatte sich die britische Regierung darüber sehr besorgt gezeigt, dass die Reichsausgaben um 172 Millionen Reichsmark ansteigen. In der Rückantwort belügt der Reichsaußenminister den Botschafter, dass habe mit einer Umstrukturierung der Armee zu tun. Dass die tatsächlichen Ausgaben mehr als viermal so hoch waren, als die angemahnten 654,6 Millionen Reichsmark, war den Briten Mitte 1934 anscheinend noch nicht bekannt. Vgl.: Barkai, Wirtschaftssystem, S.240 (Tabelle 20).

Die dritte Frage stellte sich nach den Wirkungen der Maßnahmen. Hierzu können viele verschiedene und widersprüchliche Bereiche angeführt werden. In Kapitel 3 wurde versucht, sich auf ausgewählte Aspekte der gesamtwirtschaftlichen und psychologischen Wirkungen zu konzentrieren, um eine klare Darstellung zu liefern und nicht von „Hölzchen auf Stöckchen“ zu kommen. Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen stellten sich so dar: das Volkseinkommen wie das Bruttosozialprodukt stiegen jedes Jahr um bis zu 10 % an. Vergleichbar ist dies allein mit den Wachstumsraten der chinesischen Wirtschaft in der letzten Dekade. Die Industrieproduktion schnellte nach oben, während gleichzeitig Verschiebungen in Richtung militärische Rüstung ab Ende 1934 immer mehr Überhand nahmen.

Zudem änderte sich das Grundgefüge der Beziehung zwischen Staat und Wirtschaft dahingehend, dass die Regierung nicht länger Zuschauer war und den Wirtschaftskreislauf passiv von Außen betrachtete. Stattdessen wurde es mehr und mehr Aufgabe des Staates, Nachfrage zu generieren, damit Wachstum erzeugt und Arbeitslosigkeit beseitigt werden konnte. Der Politik wurden also immer mehr Aufgaben übertragen, die vorher im Wirtschaftsliberalismus nicht wahrgenommen wurden. Die ersten Schritte in eine solche staatliche Interventionspolitik stellten die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dar. Sie begründeten eine Entwicklung, die bald auf Konzentrierungs- und Kartellierungspolitik, auf eine Bestimmung von Löhnen und Preisen hinauslief und spätestens ab diesem Zeitpunkt die freie Marktwirtschaft zur staatlich gelenkten Marktwirtschaft formte.

Als letzter Punkt dieser Betrachtung wurde die Frage: „Krieg ohne Alternative“ gestellt. Diese heiß diskutierte These des Rüstungs- und Verschuldungskreislauf, der mit den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen seinen Anfang nahm und nach Meinung einiger Historiker im Krieg enden musste, soll hier nicht ausführlich bewertet werden. Dennoch darf bei einer Untersuchung der durchgeführten Maßnahmen nicht ignoriert werden, dass wahrhaftig ein Kreislauf - ob nun stoppbar oder nicht - in Gang gesetzt wurde, der zwar anfangs „goldene Früchte“ trug, allerdings nur ein sehr schönes Gebilde auf unsicherem Morast darstellte.

Die wichtige psychologische Wirkung der neuen Wirtschaftspolitik spielte mit Sicherheit die schrittweise Aufhebung der Arbeitslosigkeit. Glücklicherweise über die vermeintlich bessere Planbarkeit der Zukunft, froh über die Anerkennung ihrer Leistungen als Arbeitskraft „für das Volk“ und stolz auf die herausgehobene Stellung als „Bollwerk Europas“ gegen eine kommunistisch-sowjetische Bedrohung besserten

sich in den ersten Jahre bis Kriegsbeginn die Einstellung der Bürger zur Regierung ungemein.

Dies führte auch dazu, dass negativere Elemente der Regierungspolitik schon einmal ins Abseits gedrängt werden konnten. Denn so groß die Not einiger Minderheiten auch war und noch werden sollte, dem gewöhnlichen Deutschen ging es in den ersten Jahren unter Hitler wesentlich besser als zur Zeit der Weimarer Republik. Einem solchen Regime verzieh man die Unterdrückung der Opposition, die Ablösung der ohnehin teils verhassten Demokratie und die Hetzkampagnen gegen Juden und andere Minderheiten. Auch die deutlich gesteigerten Gewinne der Firmen gegenüber einem eher stagnierenden Lohnniveau führten zu keinem Aufruhr. Die Menschen gaben sich nach fünf Jahren Krise mit der nationalsozialistischen Losung zufrieden, dass der Sozialismus erfüllt sei, wenn jeder Arbeit habe. In diesem Kontext wurden die negativen Folgen der zivilen und militärischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen von großen Teilen des Volkes bereitwillig akzeptiert. Man war sich damals durchaus bewusst, dass man eine Hypothek aufnahm. Keiner wird jedoch damit gerechnet haben, dass „Schulden und Zinsen“ einer Integration ins NS-Regime derart hoch ausfallen würden.

D) Quellenverzeichnis:

- **Buchner**, Hans: Grundriss einer nationalsozialistischen Volkswirtschaftstheorie, München 1930
- **Draeger**, Heinrich: Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung. Ein Beitrag zur Frage der Wirtschaftsbelebung durch das sogenannte Federgeld, München 1932
- **Erhard**, Ludwig: Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung. Faksimiledruck der Denkschrift von 1943/44, Frankfurt am Main 1977
- **Feder**, Gottfried: Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage. Neue Wege in Staat, Finanz und Wirtschaft, München 1933
- **Fraendorfer**, Max: Der ständische Gedanken im Nationalsozialismus, München 1933
- **Gau Hamburg der NSDAP**: Arbeitsbeschaffung ist Ehrendienst am Volke, Hamburg 1934

- **Hochstetter**, Franz: Leihkapital und Goldwährung als Grundlagen der Geldversklavung in Deutschland, München 1931
- **Horkheimer**, Max (u.a.): Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Institutes für Sozialforschung 1939-1942, Frankfurt am Main 1981
- **Keynes**, John Maynard: The General Theory of Employment, Interest and Money, Cambridge 1973
- **Lawaczeck**, Franz: Technik und Wirtschaft im Dritten Reich, Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, München 1932
- **Prager**, Ludwig: Nationalsozialismus gegen Liberalismus, München 1933
- **Rauschnig**, H.: Gespräche mit Hitler, New York 1940
- **Rohland**, Walter: Bewegte Zeiten. Erinnerungen eines Eisenhuttenmannes, Stuttgart 1978
- **Sell**, Manfred: Das erste Jahr der Regierung Hitler, München 1934

E) Literaturverzeichnis

- **Ambrosius**, Gerold: Der Staat als Unternehmer. Öffentliche Wirtschaft und Kapitalismus seit dem 19. Jahrhundert, Göttingen 1984
- **Ambrosius**, Gerold: Staat und Wirtschaft im 20. Jahrhundert, München 1990
- **Barkai**, Avraham: Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt am Main 1988
- **Blaich**, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im „Dritten Reich“, Düsseldorf 1987
- **Brudigam**, Heinz: Massenarbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffung in Hamburg zwischen 1918 und 1945. Streiflichter, Beispiele, Probleme, Dokumente, Hamburg 1987
- **Fritz**, Reinhardt: Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit im Dritten Reich. Das Sofortprogramm 1933/34, Straelen 2007
- **Gall**, Lothar / **Pohl**, Manfred: Unternehmen im Nationalsozialismus, München 1998
- **Golla**, Guido: Nationalsozialistische Arbeitsbeschaffung in Theorie und Praxis 1933 bis 1936, Köln 1994
- **Kannapin**, Hans-Eckardt: Wirtschaft unter Zwang. Anmerkungen und Analysen zur rechtlichen und politischen Verantwortung der deutschen Wirtschaft unter der Herrschaft des Nationalsozialismus im Zweiten Weltkrieg, besonders im Hinblick auf

den Einsatz und die Behandlung von ausländischen Arbeitskräften und Konzentrationslagerhäftlingen in deutschen Industrie- und Rüstungsbetrieben, Köln 1966

- **Kroll**, G.: Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958
- **Nautz**, Jürgen P. / **Bläsing**, Joachim F. E. (Hrsg.): Staatliche Intervention und gesellschaftliche Freiheit. Staat und Gesellschaft in den Niederlanden und Deutschland im 20. Jahrhundert, Melsungen 1987
- **North**, Michael (Hrsg.): Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, München 2000
- **Prollius**, Michael von: Das Wirtschaftssystem der Nationalsozialisten 1933-1939. Steuerung durch emergente Organisation und Politische Prozesse, Paderborn 2003
- **Scherner**, Jonas: Die Logik der Industriepolitik im Dritten Reich. Die Investitionen in die Autarkie- und Rüstungsindustrie und ihre staatliche Förderung, Stuttgart 2008
- **Silverman**, Dan P.: Hitler's Economy. Nazi Work Creation Programs 1933-1936, Cambridge (Mass.) 1998
- **Stelzner**, Jürgen: Arbeitsbeschaffung und Wiederaufrüstung 1933-1936. Nationalsozialistische Beschäftigungspolitik und Aufbau der Wehr- und Rüstungswirtschaft, Tübingen 1975
- **Turner**, Henry Ashby Jr.: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972
- **Wolfsohn**, Michael: Industrie und Handwerk im Konflikt mit staatlicher Wirtschaftspolitik? Studien zur Politik der Arbeitsbeschaffung in Deutschland 1930-1934, Berlin 1977
- **Wulf**, Birgit: Arbeitslosigkeit und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Hamburg 1933-1939. Eine Untersuchung zur nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, Frankfurt am Main 1987

F) Anhang:

[Alle Tabellen wurden dem Werk: „Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus“ von Avraham Barkai entnommen – F.G.]

Tabelle 1:

Die öffentlichen Ausgaben für Waren und Dienstleistungen 1932–1936
(laufende Preise, Mio. RM)

| | 1932 | 1933 | 1934 | 1935 | 1936 |
|--|------|-------|-------|-------|-------|
| 1. Öffentlicher Verbrauch insgesamt | 7508 | 8850 | 10927 | 13928 | 17689 |
| 2. davon: Rüstungsausgaben (Haushalt u. Mefo-Wechsel) | 520 | 1900 | 4000 | 6700 | 10300 |
| 3. Öffentliche Investitionen (Reich, Länder und Gemeinden) ohne Rüstung | 1970 | 2430 | 3460 | 3890 | 4220 |
| Insges. f. Waren u. Dienstleistungen (1 + 3): | 9478 | 11280 | 14387 | 17818 | 21909 |

Quellen: 1. und 2.: Hoffmann, S. 720 f; 3: Erbe, S. 25

Tabelle 2:

Die Verteilung des Volkseinkommens in Deutschland 1929–1938
(Mio. RM, laufende Preise)

| Jahr | Volkseinkommen | Lohn und Gehalt | v.H. | Unternehmer-einkommen* | v.H. | Unverteilte Gewinne (Kapitalgesellschaften) | v.H. | Andere** | v.H. |
|------|----------------|-----------------|------|------------------------|------|---|------|----------|------|
| 1929 | 70880 | 43045 | 60,7 | 21608 | 30,5 | 882 | 1,2 | 5345 | 7,6 |
| 1932 | 41086 | 25711 | 61,9 | 12973 | 31,1 | -450 | - | 2852 | 7,0 |
| 1933 | 42552 | 25960 | 61,0 | 13628 | 32,0 | 175 | 0,4 | 2789 | 6,6 |
| 1934 | 48953 | 29183 | 59,6 | 15782 | 32,2 | 735 | 1,5 | 3253 | 6,7 |
| 1935 | 55341 | 32252 | 58,3 | 17954 | 32,4 | 1365 | 2,5 | 3770 | 6,8 |
| 1936 | 62098 | 35260 | 56,8 | 20404 | 32,9 | 2330 | 3,6 | 4104 | 6,7 |
| 1937 | 69887 | 38907 | 55,7 | 23470 | 33,6 | 3000 | 4,3 | 4150 | 6,4 |
| 1938 | 78268 | 42958 | 54,9 | 25710 | 34,1 | 3900 | 5,0 | 4700 | 6,0 |

* Vermögens- und Unternehmereinkommen der Haushalte

** Einkommen öffentlicher Gesellschaften, Pensionen, Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und Zinsen auf öffentliche Schulden

Quelle: Hoffmann und Müller, S. 43, 47, 56

Tabelle 3:

Zivile Arbeitsbeschaffungsausgaben der öffentlichen Hand 1933–1934
(Mio. RM)

| Verwendungszweck | Bis Ende 1933 | Insges. bis Ende 1934 |
|---|------------------|--------------------------|
| 1. Öffentlicher Bau (Wasserstraßen, Straßen- und Tiefbauten, öffentliche Gebäude, Brücken etc.) | 855,6 | 1002,4 |
| 2. Wohnungsbau | 723,3 | 1280,0 |
| 3. Verkehrsunternehmungen (davon: Reichsautobahnen) | 950,8 (50,0) | 1683,9 (350,0) |
| 4. Landwirtschaft und Fischerei (Meliorationen, landwirtschaftliche Siedlungen etc.) | 337,4 | 389,2 |
| 5. Konsumförderung | 70,0 | 70,0 |
| 6. Andere Zwecke | 164,0 | 568,0 |
| Insgesamt | 3101,1 | 4994,0 |
| 7. Zum Vergleich: Rüstungsausgaben | 1900,0 | 5900,0 |

Quellen: 1–6: K. Schiller, S. 158 f.; 7: Tab. 2

Tabelle 4:

Indikatoren der deutschen Wirtschaftsentwicklung 1932–1936

| | 1932 | 1936 | Zuwachs in v. H. (aufge- rundet) | Durch- schnittl. Jahres- wachs- tumsrate in v. H. |
|--|------|-------|---|--|
| 1. Bruttosozialprodukt in laufenden Preisen (Mrd. RM, aufgerundet) | 58 | 83 | 43 | 9,5 |
| 2. Bruttosozialprodukt in festen Preisen von 1928 (Mrd. RM) | 71,9 | 101,2 | 41 | 9,0 |
| 3. Nettosozialprodukt in laufenden Marktpreisen (Mrd. RM) | 50,8 | 78,9 | 55 | 11,6 |
| 4. Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung (RM, laufende Preise) | 633 | 922 | 46 | 9,8 |
| 5. Produktionsindex von Industrie und Handwerk (1913 = 100) | 72,8 | 137,1 | 88 | 17,2 |
| 6. Beschäftigte insgesamt (J. D.) Mio. | 12,6 | 17,1 | 36 | 8,0 |
| 7. Arbeitslose insgesamt (J. D.) Mio. | 5,6 | 1,6 | | |
| 8. Nettoinvestition in laufenden Preisen (Mrd. RM) | -2,1 | 9,0 | | |
| 9. Privatkonsum in laufenden Preisen (Mrd. RM) | 44,9 | 51,9 | 16 | 3,6 |
| 10. Öffentliche Ausgaben für Waren und Dienstleistungen (Reich, Länder und Gemeinden) in laufenden Preisen (Mrd. RM) | 9,5 | 21,9 | 130 | 18,7 |
| 11. Index der Großhandelspreise (1925/27 = 100), letztes Jahresviertel | 67,8 | 75,8 | | |
| 12. Index der Lebenshaltungskosten (1925/27 = 100), letztes Jahresviertel | 82,3 | 86,4 | | |

J. D. = Jahresdurchschnitt

Quellen: 1. Carroll, S. 184 (fast gleiche Berechnung bei Erbe, S. 100); 2. Klein, S. 10; 3. G. W. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965, S. 826; 4. G. W. Hoffmann u. H. Möller, Das deutsche Volkseinkommen 1871–1957, Tübingen 1959, S. 56; 5., 8. u. 9.: Hoffmann, S. 393, 260, 701; 6. u. 7.: Guillebaud, S. 277; 10. berechnet nach Hoffmann, S. 721 u. Erbe S. 25; 11. u. 12.: Ellis, Exchange Control etc., S. 378

Tabelle 5:

Die zusätzlichen öffentlichen Ausgaben und deren Finanzierung 1933–1936
(Mrd. RM)

| Gesamtsumme der zusätzlichen Ausgaben* | | Zusätzliche Einnahmen | |
|--|------|---|------|
| 1. Rüstungsausgaben | 20,8 | 4. Zusätzliche Steuereingänge | 6,7 |
| 2. Zivile öffentliche Investitionen | 6,1 | 5. »Spenden« und Exportabgabe | 2,2 |
| 3. Andere Ausgaben | 0,6 | 6. Anleihen bei Finanzinstituten und Publikum | 3,3 |
| | | 7. »Ersparnisse« an Arbeitslosenunterstützung | 4,0 |
| | | 8. Finanzierung durch die Reichsbank | 11,3 |
| Insgesamt | 27,5 | Insgesamt | 27,5 |

* Errechnet durch Subtraktion des betreffenden Ausgabenpostens 1932 von den Ausgaben jedes der einzelnen Jahre 1933–1936 und Summierung der Ergebnisse.

Quellen: 1.–3.: Tab. 2; 4.–7.: Reichskreditgesellschaft A. G., zit. bei H. Priester, Das deutsche Wirtschaftswunder, Amsterdam 1936, S. 217 ff.; 8.: Als Restbetrag errechnet. Das Ergebnis findet sich durch die Berechnungen H. Stuebels bestätigt. (H. Stuebel, Die Finanzierung der Aufrüstung im Dritten Reich, in: Europa-Archiv, 1951, S. 4129)

Tabelle 6:

Reallohnindices beschäftigter Arbeiter 1933–1936
(1932 = 100)

| Jahr | Realtariflöhne | | Realwochenlöhne | |
|------|----------------|--------|-----------------|--------|
| | Brutto | Netto* | Brutto | Netto* |
| 1933 | 99 | 95 | 98 | 94 |
| 1934 | 97 | 93 | 100 | 96 |
| 1935 | 99 | 91 | 103 | 99 |
| 1936 | 94 | 89 | 107 | 102 |

* Nach Steuer- und Pflichtabzügen

Quelle: J. Kuczinsky, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1789 bis in die Gegenwart, Berlin (Ost) 1953, Bd. II, 1. Teil, S. 132ff.